№ 121 Abend-Ausgabe. Berlin Mittwoch, 7. März 1917

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin ★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801 bis 11 850, 15 280 15 281 bis 15 291 Zentrum 8600

Französische Gegenstöße bei Verdun abgewiesen.

Rege Artillerietätigkeit in Ost und West. — 15 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Der Bericht des Hauptquartiers.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Großes Hauptquartier, 7. März.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Scarpe, beiderseits von Ancre und Somme, in der Champagne und auf dem Ostufer der Maas herrschte gestern rege Artillerietätigkeit; mehrfach kam es auch zu Gefechten von Aufklärungsabteilungen mit der Grabenbesatzung.

Abends griffen die Franzosen an der Nordostfront von Verdun unsere neuen Stellungen am Caurrières-Wald an; sie sind durch Feuer abgewiesen worden.

Klares Wetter begünstigte die Flieger in Erfüllung ihrer Aufgaben. In zahlreichen Luftkämpfen sind 15 feindliche Flugzeuge abgeschossen worden. Wir haben durch gegnerische Einwirkung ein Flugzeug verloren.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer ist bei nachlassender Kälte in einzelnen Abschnitten das Feuer lebhafter geworden; die Tätigkeit der Infanterie blieb noch gering.

Mazedonische Front.

Zwischen Vardar und Doiran-See und in der Struma-Niederung schlugen unsere Posten Vorstöße englischer Kompagnien zurück.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der Sieg der Seesperre.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

✱ Basel, 7. März.

Nach einer Londoner Havasmeldung erklärte der Unterstaatssekretär des Ackerbaues in Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus, daß der Mangel an Kartoffeln in Großbritannien wie auf der ganzen Welt ohne Präzedenzfall sei. Wenn der Verbrauch auf der gegenwärtigen Grundlage andauere, werde in England bis zum Ende des Frühlings oder Anfang des Sommers nicht eine einzige Kartoffel übrig bleiben. Darum sollten diejenigen, die sich von anderen Lebensmitteln ernähren könnten, die Versorgung mit Kartoffeln für die ärmeren Klassen sichern.

✱ Lugano, 7. März.

Der Londoner Vertreter der „Stampa" stellt unter der Ueberschrift „Die neue Lage" folgende Aeußerungen englischer Blätter über den Unterseebootkrieg zusammen: Der „Spectator" schreibt: „Wir sind heute einer Katastrophe zu Wasser mehr ausgesetzt als zu Lande, ohne daß dies die Schuld unserer Flotte wäre. Wir sind von einer Teuerung der Lebensmittel und der Rohstoffe bedroht. Mit Recht sagte Admiral Jellicoe, die Unterseebootsgefahr sei heute größer als je vorher. Heute ist die Frage der Entscheidung die: Können wir früher einen entscheidenden Schlag führen oder können uns die Feinde früher die Lebensmittel abschneiden und unsere Kriegführung lahmlegen?" Im „Daily Telegraph" schreibt Archibald Hurd: „Die Verlustziffern geringer anzugeben, als sie sind, ist Narrheit. Man will das Publikum in einem nebelhaften Vertrauen erhalten, aber wir haben es mit der wirklichen Gefahr nicht einer fernen, sondern der allernächsten Zukunft zu tun. Die Deutschen haben durch die Unterseeboote ein vollkommen neues Marineproblem geschaffen. Der Mangel an Handelsschiffen ist unsere größte Gefahr, nicht durch die Zerstörungen an sich, denn wir sind reich und können den Geldverlust ertragen, aber der Laderaum selber fehlt. Im Anfang des Krieges kostete die Tonne Raum auf einem Dampfer 6 Schilling, heute kostet sie 45, und selbst zu diesem Preise bekommt man sie nicht. In den letzten drei Monaten hat der Feind beinahe 500 Dampfer versenkt, und die Verluste steigern sich beständig. Sowie aber die Zahl unserer Handelsschiffe unter einen gewissen Bestand sinkt, kann unser Heer nicht mehr bestehen, unser Volk nicht leben, und unsere Seehrrschaft ist zu Ende."

Der „Manchester Guardian" schreibt: „Wir können überall zur See und zu Lande siegreich sein; wenn unsere Verbindungen aber abgeschnitten werden, verlieren wir den Krieg hoffnungslos." Der „Observer" meldet: Das Duell zwischen England und Deutschland zur See entscheidet über den Ausgang des Kampfes zwischen den zwei Mächtegruppen. Es entscheidet über den ganzen Krieg. Das Blatt lobt die stoische Ruhe des englischen Volkes gegenüber der ersten wirklich großen Gefahr, die England bedroht.

Wilsons bewaffnete Handelsschiffe.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

✱ Amsterdam, 7. März.

Nach einer Reutermeldung aus Washington befragte Wilson seine juristischen Ratgeber, ob er das Recht habe, die Handelsschiffe aus eigener Machtbefugnis zu bewaffnen. Der Präsident beriet darauf mit dem Staatssekretär Lansing und dem Marineminister Daniels.

Im Senat brachte Lodge einen neuen Gesetzentwurf über die bewaffnete Neutralität ein. Doch erklärte der Vorsitzende, daß sich der Kongreß nicht mehr in Session befinde. Verschiedene Senatoren kündigten ihre Absicht an, Vorschläge zur Aenderung der Geschäftsordnung des Hauses zu machen. Die republikanischen wie die demokratischen Senatoren hielten Versammlungen ab, um über Maßregeln zur Verhinderung einer unbeschränkten Diskussion schlüssig zu werden.

✱ Rotterdam, 7. März.

Der „New York World" zufolge hat der Generalprokurator dahin entschieden, daß Wilson die Befugnis habe, Maßregeln zur Bewaffnung der Handelsschiffe zu ergreifen.

„United Preß" meldet aus Washington, daß Wilson tatsächlich infolge der (gemeldeten) Kundgebung der 83 Senatoren der Mehrheit bereits den Befehl zur sofortigen Bewaffnung der Handelsschiffe unterzeichnet hat.

•

Die Sitzung des amerikanischen Senats vom Sonntag schloß, wie die französischen Blätter aus Washington melden, mit in der Geschichte des Kongresses unerhörten Szenen. Da sich Senator Lafollette rühmte, das Scheitern der Bill über die Schiffsbewaffnung garantieren zu können, machten die Anhänger des Gesetzes die größten Anstrengungen, um ihm das Sprechen unmöglich zu machen. Senator Stone wurde darauf verhindert, die Tribüne zu besteigen, und die Gegner wurden des öfteren beinahe handgreiflich. Punkt 12 Uhr verlas Senator Hitchcock die Botschaft Wilsons, die das Gesetz über die bewaffnete Neutralität verlangt und erklärte, die Obstruktion der 12 Senatoren, die die Annahme dieser Bill verhindert habe, sei die tadelnswerteste in der Geschichte der zivilisierten Regierungen.

Die Beutzrechte an der „Appam".

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✱ Amsterdam, 7. März.

Nach einer Reutermeldung aus Washington hat der Oberste Gerichtshof die Entscheidung des Virginia-Gerichtes bestätigt, daß die „Appam" die amerikanische Neutralität verletzte, als sie unter der deutschen Prisenmannschaft nach den Hampton Roads gebracht wurde. Hierdurch wird der deutsche Besitz der „Appam" bestätigt.

Ein englischer Fehlschlag.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✱ Rotterdam, 7. März.

Der Rotterdamer Nieuwe Courant erfährt: Weil die holländischen Behörden keine bewaffneten Schiffe in ihren Häfen zulassen, ist der bewaffnete englische Dampfer „Princeß Melita" heute abend auf dem Nieuwe Waterweg wieder ausgefahren.

Die englische Regierung hat durch die Einschmuggelung der „Princeß Melita" in einen holländischen Hafen einen Präzedenzfall zu schaffen versucht. Der Versuch ist jedoch verunglückt. Während der Einnahme von Trinkwasser wurde, wie weiter gemeldet wird, der Dampfer unter militärischer Bewachung gestellt und ist spät abends von Hoek von Holland wieder abgefahren.

Englands rücksichtsloser Wirtschaftskrieg gegen die Neutralen.

Von
Dr. Hermann Levy,
Professor an der Universität Heidelberg.

Der Wirtschaftskrieg, welchen England gegen uns und unsere Verbündeten führt, hat in seinen Wirkungen auf die neutralen Länder schon seit einiger Zeit ein besonders scharfes Gepräge erhalten. Nicht so sehr dadurch, daß England neue Verordnungen zur Entrechtung des neutralen Handels den alten hinzugefügt hat — denn der eiserne englische Ring um die neutralen Länder ist seit langer Zeit durch die Kontrollorganisationen (N. D. L., Transito, Grosseres Societät, S. S. S.), durch die schwarzen Listen, die Bunkerkohlenbestimmungen usw. geschlossen —, als vielmehr dadurch, daß die schädlichen Wirkungen jenes ganzen Systems für die Neutralen heute erst in ihrer ganzen Tragweite in Erscheinung treten.

Zwei Tatsachen sind hierbei von grundlegender Bedeutung. Erstens: Die Kontrolle, welche England über die neutrale Wirtschaft ausübt, hat diese heute in einen Zustand gesetzt, der alle Anzeichen und Nöte der Kriegswirtschaft aufweist. Zweitens: Die Absicht Englands, die oben genannten Kontrollmaßnahmen nicht mehr als Kampfmittel gegen Deutschland, sondern als Bereicherungsmittel für England anzuwenden, kommt immer unverhüllter und rücksichtsloser zum Durchbruch.

In ihrer Zusammenfassung bedeuten diese beiden Tatsachen, daß die Entschuldigung Englands gegenüber den Neutralen, den sogenannten bona fide-Handel unbehelligt zu lassen und die Kontrolle der neutralen Ausfuhr nur auszuüben, wo es sich um Zufuhren an Englands Feinde handelte, hinfällig geworden ist. Die neutralen Länder, welche in der Lage gewesen wären, ihren Nahrungsmittelbedarf — wenn auch zu den hohen Weltmarktpreisen und Frachtkosten — reichlich und entsprechend den friedlichen Verhältnissen zu decken, sehen sich heute infolge der Rationierung durch England in den Zustand der belagerten Festung versetzt. Und es sollte doch nur der „illegitime" Handel der Neutralen unterbunden werden! Nunmehr ist der legitime Handel so schwer unter die Zuchtrute Englands geraten, daß am 5. Februar 1917 Holland Brotkarten einführen mußte, daß Schweden durchaus kriegsgemäße Rationen einzuführen sich gezwungen sieht, daß die Schweiz die Nachtarbeit in den Bäckereien und den Verkauf frischen Brotes verbieten und eine Reis-Ration aufstellen muß und daß Holland sich veranlaßt sieht, zur behördlichen Verteilung von Lebensmitteln durch die städtischen Kommunen zu schreiten, während die Kammer über große Kreditvorlagen zur Beschaffung von Lebensmitteln für die ärmeren Klassen berät. Dies alles ist die Folge davon, daß England die „Rationen" der Neutralen kontrollierte, daß die Einfuhren, wie erst jüngst in einem Bericht holländischer Minister ausgeführt wurde, ständig von England aufgehalten und mit irgendwelchen Argumenten verzögert wurden, bis der ganze holländische Schiffsverkehr und Einfuhrhandel in Unordnung geriet, daß man der holländischen Wirtschaft durch die Bunkerkohlenverfügung Schiffsraum entzog usw.

Unter diesem System der mangelhaften, unsicheren und verzögerten Zufuhren hatten bald nicht nur die neutralen Konsumenten, sondern auch die neutrale Produktion zu leiden. Auf unsichere und ungenügende Maiszufuhren gesetzt, mußte die holländische Viehzucht in Not geraten. In einer Versammlung des holländischen Landbaukomitees erklärte unlängst der Vorsitzende („N. Rotterdamsche Courant", 20. Januar 1917), nachdem er auf die schwierige Lage der Schweinemäster hingewiesen hatte: „Den Schaden, welchen wir durch die mangelhaften Zufuhren der Rohstoffe im Landwirtschaftsbetrieb erleiden, will ich hier nicht schildern; denn er ist allen Landwirten aus der Praxis bekannt." Ebenso heißt es in dem oben genannten Berichte der holländischen Regierung, daß England Ladungen von Pyrit zur Herstellung von Schwefelsäure und Kunstdünger so lange zurückgehalten habe, daß alle von diesem Kunstdünger abhängigen Betriebe und Gartenwirtschaften großen Schaden erlitten hätten.

England hat mit der Rationierung der Neutralen auf indirektem Wege das Ziel verfolgt, die eigene Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung zu erleichtern; denn bei einer ungeahnten Lebensmittelzufuhr an die Neutralen, wenn auch zu den

davon Bedürfnisse, wären ja die Anforderungen an den schon überlasteten Weltmarkt noch größer gewesen. Je weniger Mais und Baumwolle die Neutralen beziehen dürfen, um so mehr bleibt für England und seine Verbündeten. Viel deutlicher aber tritt die Schädigung neutraler Interessen durch England dort hervor, wo es England gewagt hat, die Neutralen in direkter Weise zu Dienstleistungen für England zu zwingen. Seit langem macht England die Gewährung von Kohlen und Bunkerkohlen davon abhängig, daß die neutralen Schiffe „Pflichtfahrten" für England unternehmen. Diese Fahrten, zu englischen „Höchstfrachtraten" und mit Bannwarenladungen, haben den Neutralen Schiffsverluste und viel Geld gekostet. Konnte aber England nicht mit der Kohle die Erpressung ausüben, dann scheute es nicht davor zurück, das Verfahren zu vereinfachen, wie im Falle eines Dampfers, der Getreide für die belgische Unterstützungskommission von Amerika nach Holland bringen sollte und von England, obschon er eigene Kohlen mitführte, in eine höchst riskante Pflichtfahrt (nach Oran) hineingezwungen wurde.

Schon seit langem begnügt sich England nicht mehr damit, daß Kontrollorganisationen bestehen und daß durch die Ausstellung von Garantieverpflichtungen usw. jede Möglichkeit der Weiterführung der betr. Waren nach feindlichen Ländern ausgeschlossen ist. England legt trotz aller dieser Vorkehrungen seine Hand auf den neutralen Frachtraum, um ihn erst wieder loszulassen, wenn von den Schiffseigentümern neue Zugeständnisse an England gemacht worden sind. So kommt es, daß Mitte Februar nicht weniger als 25 holländische Frachtschiffe mit Viehfutter und Kunstdünger in englischen Häfen und 17 holländische Frachtschiffe wegen der Frage des Durchsuchungshafens in amerikanischen Häfen von der englischen Regierung festgehalten wurden!

Die neueste Order in Council, welche England erlassen hat, bildet die vorläufige Krönung dieses Systems der Ausbeutung des neutralen Frachtraumes, welcher vor dem 1. Februar zirka ½ des Schiffsverkehrs der englischen Häfen bewerkstelligte und dessen Auflegung seit jenem Termin von den Engländern so schmerzlich empfunden wird. Jedes neutrale Schiff muß nunmehr einen englischen oder von England bestimmten Hafen anlaufen, wenn es sich nicht der Aufbringung durch englische Seestreitkräfte aussetzen will. So will England die neutralen Schiffe in das Sperrgebiet hineinzwingen. Sollte es dem neutralen Schiffe gelingen, den englischen Hafen unterpodiert zu erreichen, dann harrt seiner die „Pflichtfahrt", die es wieder denselben Gefahren aussetzt, oder die Kautionshinterlegung oder das Versprechen eines „Ersatzschiffes" für eine Pflichtfahrt. „Wir sind die eigentliche Seepolizei der Welt," hat Lord Beresford am 18. Februar 1917 im Oberhaus gesagt. Die Neutralen werden ihm dies aufs Wort glauben. Aber was Lord Beresford nicht gesagt hat, ist: daß die englische Seepolizei nur noch und ausschließlich dazu da ist, aufzupassen, daß kein neutrales Schiff über die See fährt, ohne England für billigen Lohn einen Frondienst zu leisten, der das Leben seiner Besatzung und das Schiff selbst aufs Spiel setzt.

Nun glaubt England erreicht zu haben, was es seit langem wollte: die Wirtschaft der Neutralen muß ihm zur Weiterführung des Krieges behilflich sein. Kann England erhoffen, durch dieses System die Neutralen auf seine Seite zu bringen? Schwerlich nach dem durch das Beispiel Italiens und Griechenlands erwiesen ist, wie England für seine Freunde „sorgt". Man vergleiche einmal in neutralen Ländern, wieviel die englische Kohle in Genua und wieviel deutsche Kohle in der Schweiz kostet. Was aber die Ernährung der Neutralen angeht, so werden diese sich nach der ganzen Entwickelung der englischen Maßnahmen sagen müssen, daß der Hungerkrieg, den England gegen Deutschland führt, heute ebenso seine Spitze gegen sie richtet. Sie werden sich aber gleichzeitig sagen müssen, daß Einschränkungen in der Ernährung bei gleichzeitiger energischer Aufrechterhaltung der neutralen Würde den „Beschützer der kleinen Nationen" am ehesten davon überzeugen werden, daß es noch kleine Nationen gibt, die ihre Freiheit selbst vor dem Hunger zu verteidigen wissen. Keine Nachgiebigkeit neutraler Länder wird England davon zurückhalten, sein System weiterzuführen und dauernd zu verschärfen; viel wirksamer wird es auf England sein, wenn die Neutralen ihren festen Willen dahin betätigen, sich durch die englischen Gewaltmaßnahmen nicht von dem ihnen heilsamen Weg der Mitte zwischen beiden Parteien abbringen zu lassen.

Der Kampf um Chinas Kriegserklärung.

Drahtmeldung.

London, 6. März.

Der „Times" wird aus Peking vom Sonntag gemeldet, daß die Präsidenten der beiden Häuser des Parlaments anläßlich der Ministerkrise den (friedensfreundlichen) Präsidenten besucht und ihm mitgeteilt haben, daß er den allgemeinen Wunsch des Parlamentes falsch aufgefaßt habe. Es werden energische Versuche unternommen, um eine Versöhnung zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten herbeizuführen.

•

Unsere gestrige Meldung über die finanziellen Lockungen an das in schwerem Notstand befindliche Reich der Mitte wird von Reuter in der folgenden durchsichtigen Umkleidung gebracht:

„Es verlautet, daß unter den alliierten Mächten völlige Einmütigkeit über die Lage in China besteht. Die alliierten Mächte handeln in enger Zusammenarbeit und geben China jeden Rat, den es fordert. Von einer Note der Gesandten der Alliierten an China ist hier nichts bekannt, aber die Beratung über den finanziellen Beistand, der China gewährt werden soll, falls es sich zum Abbruch der Beziehungen zu Deutschland entschließt, wird fortgesetzt. Der finanzielle Beistand wird wahrscheinlich in der Form geleistet werden, daß die aus dem Boxeraufstand an die Mächte zu leistende Entschädigung bis nach dem Kriege aufgeschoben und der Zolltarif revidiert wird. Das sind die beiden Punkte, die noch erörtert werden. Alle führenden Persönlichkeiten Chinas sind für den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland, doch sind noch einige technische Schwierigkeiten vorhanden, deren Lösung der Präsident wünscht, bevor er seine Zustimmung erteilt."

Kleine Kriegsnachrichten.

Kaiser Karl wird sich am 9. Februar nach Budapest begeben. Der Besuch der ungarischen Hauptstadt wird auch politischen Charakter haben. Der Minister des Äußeren Graf Czernin sowie der erste Hofmarschall werden den Kaiser begleiten, der u. a. in Budapest auch die Führer der ungarischen Opposition, die Abgeordneten Zichy und Karolyi, empfangen will.

Das Attentat auf Lloyd George. Gestern wurde in London gegen die Personen, die Lloyd George und Henderson zu ermorden versucht haben, verhandelt. Der Staatsanwalt nannte sie eine Bande gefährlicher, von Haß gegen ihr Land erfüllter Revolutionäre, denen jedes Mittel recht sei, den Krieg zu beenden. Die Verhandlung geht weiter.

Zum Kommandanten der englischen Schlachtkreuzerflotte wurde Konteradmiral Sir William Pakenham ernannt. Der frühere Beschlshaber Beatty war trotz seiner Niederlage vor dem Skagerrak mit dem Oberkommando über die englische Schlachtflotte betraut worden.

Neue Verlängerung der englischen Legislaturperiode. „Morning Post" meldet, daß die englische Regierung beschlossen hat, eine Bill einzubringen, um die Legislaturperiode des gegenwärtigen Parlaments zum drittenmal um sechs Monate zu verlängern, da der Termin, der in der letzten Bill festgesetzt war, am 30. April abläuft.

Skandalszenen auf der Pariser Sozialistentagung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

*** Genf, 6. März.**

Gestern, Montag, morgen ½6 Uhr schloß nach fast ununterbrochener zwanzigstündiger Verhandlung die außerordentliche Tagung des Landeskomitees der französischen Sozialisten. Die regierungstreue Mehrheit siegte noch einmal, aber — nach Ansicht der Minorität — nur dank eines Tricks. Das Gefühl, um den Sieg betrogen zu sein, brachte die Minderheit in leidenschaftliche Erbitterung, so daß die Verhandlung mit den gleichen furchtbaren Lärmszenen endete, mit denen sie begonnen hatte. Der Landesrat nahm bei Beginn der Nachtsitzung vom Sonntag außer bereits mitgeteilten Resolutionen des Genfer Professors Milhaud über die Instruktionen des Pariser Sozialistenrates noch eine zweite Entschließung des gleichen Verfassers an, die die Sozialisten aller Länder einlädt, auf ihre Regierung einen Druck auszuüben, um sie zur Annahme des Friedensprogramms Wilsons zu veranlassen. Diese Resolution wurde trotz dem Widerspruch des Ministers Thomas angenommen, und zwar gegen eine noch friedensfreundlichere Resolution der Minderheit, deren Text die Zensur zur Veröffentlichung nicht zuläßt. Die Versammlung wählte dann die Delegierten zum Pariser Kongreß, 11 Anhänger der Mehrheit und 9 der Minderheit.

Die Beratungen über das Tadelsvotum gegen die Zimmerwalder Richtung führten zu unglaublichen Tumulten. Schon bei Verlesung der Resolution erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Die Zimmerwalder und ihre Freunde schrien und zischten eine halbe Stunde lang. Als man nun die Abstimmung des Tadelsvotums begann, ging die Minderheit zur Obstruktion über, versuchte den Namensaufruf der Delegierten durch Lärm zu verhindern, sang unermüdlich die Internationale und schrie und tobte eine geschlagene Stunde. Die Mehrheit suchte die Abstimmung schriftlich vorzunehmen. Die Zimmerwalder stürmten aber die Tribüne und warfen den Tisch des Sekretärs um. Sie wurden schließlich mit Gewalt vertrieben, und die Abstimmung konnte vor sich gehen. Im Laufe der Sitzung war eine Resolution der russischen sozialdemokratischen Partei verlesen worden, die erklärte, an der geplanten sozialistischen Konferenz nicht teilnehmen zu können, da man die Sozialisten „der sogenannten feindlichen Länder" von ihr ausschließe. Aus der Kundgebung der englischen regierungsfreundlichen „Socialist National Party", in der die Teilnahme an der Pariser Konferenz gleichfalls abgelehnt wird, geht deutlich hervor, daß man diese Konferenz deshalb fürchtet, weil auf ihr die große Stärke der persönlichen Strömungen zutage getreten wäre. Es heißt darin, wie schon kurz gemeldet, „die Antinationalisten verfolgten alle eine Politik, die den Feind ermutigen müsse. Es könne der Eindruck entstehen, daß die Sozialisten der Ententestaaten in zwei gleich starke Gruppen zerfallen" und „die Umstände und der Abstimmungsmodus könnten sogar der friedensfreundlichen Minderheit Erfolge bringen". Auch der „Temps" stellt fest, daß die Minderheitsrichtung auf der Pariser Tagung fühlbar an Boden gewonnen hat und fragt sich besorgt, welches Ende der Pariser Kongreß nehmen werde.

Irlands Bedrücker.

*** Amsterdam, 7. März.**

Die gestern eingetroffenen englischen Blätter enthalten Parlamentsberichte, die in die Welt zu senden, Reuter vergaß. So geht aus einer scharfen Rede Dillons hervor, daß die Lage in Irland alles andere als befriedigend ist. Dillon sagt, der Zustand sei ernst, denn die Regierung habe dafür gesorgt, daß die Sinnfeiner sich

Ein Brief.

Von

Bernard G. Shaw.

In der „Morning Post" war Bernard Shaw vorgeworfen worden, daß seine ironischen Bemerkungen über den Krieg dem Lande schaden, er schreibe wie ein Neutraler, besonders wurde ihm zum Vorwurf gemacht, daß er für den englischen Pazifisten Morel eintrete, hingegen habe er seines alten Gegners Chesterton Aufsätze über deutsche Grausamkeiten in Belgien scharf tritisiert. Shaw antwortete in der „Morning Post" in einem Brief, den wir in wesentlichen Stücken hier wiedergeben. Man muß zwischen den Zeilen dieses Briefes lesen.

Nach alter englischer Sitte verwechseln Sie die Sucht nach Händeln mit Patriotismus. Sie haben sich noch nicht einmal eine entfernte Vorstellung davon gebildet, was Patriotismus eigentlich ist. Wenn Ihnen heute irgendein namentlich unbekannten Mensch mitteilt, daß Mr. Morel beim Herzog von York die Treppe hinuntergeflogen ist, oder daß ich selbst dabei abgefaßt worden bin, wie ich mit einer Fahrkarte dritter Klasse in der ersten fuhr, dann vergessen Sie im Nu den Krieg und alle anderen politischen Angelegenheiten Europas über der großen Neuigkeit, die Sie ohne weitere Nachprüfung schleunigst in die Welt hinausposaunen. Sie haben eben weder Ihre persönlichen Gewohnheiten, noch Ihre ganze Denkungsweise dem Kriege angepaßt, und wenn Sie mit Menschen in Berührung kommen, die sich bestreben, dies zu tun, so glauben Sie, derartige Leute sympathisieren mit dem Feinde. Sie mögen in Ihrem privaten Leben ein Ehrenmann sein (ich zweifle nicht daran) — aber in Fragen von europäischer Tragweite benehmen Sie sich wie ein Trottel. Ich, Bernard Shaw, muß Sie ernstlich ermahnen und daran erinnern, daß Ihr Vaterland im grellen öffentlichen Lichte des Krieges besteht, und daß daher ein jeder, dessen Haltung und Selbstbeherrschung nicht absolut einwandfrei ist, hinter den zurücktreten sollte, der jenes Licht nicht zu scheuen hat. Wir haben wirklich genug und übergenug von jenem schlechten Benehmen gegenüber dem Feinde, das sich fälschlich für Patriotismus ausgibt. — Und nun lassen Sie uns, bitte, unsere Unterhaltung ganz wie gewöhnliche Menschen weiterführen.

Sie sind im Irrtum, wenn Sie glauben, ich hätte Mr. Morel verteidigt. Im Gegenteil: ich habe unseren Tagesschriftstellern gezeigt, wie sie ihn bekämpfen müßten — wofern sie nämlich glauben sollten, hierzu verpflichtet zu sein. In der Tat ist Morel einer der bestunterrichteten Schriftsteller, die sich überhaupt mit dem Kriege befaßt haben. Sein Buch über die diplomatische Vorgeschichte des Krieges, das trotz des Boykotts seitens der Presse den größten Einfluß und die weiteste Verbreitung gewonnen hat, ist eine so wahrheitsgetreue geschichtliche Darstellung, wie es ein Buch dieser Art überhaupt nur sein kann. Wenn man ihn daher mit so niedrigen Verdächtigungen bekämpft, wie etwa, daß er ein Agent Deutschlands sei, so ist dies noch verwerflicher, als wenn man Deutschland mit der Behauptung zu schädigen sucht, der Kronprinz stehle Löffel und sein — notorisch frommer — Vater sei ein Nietzscheaner!

Da scheint mir doch mein Plan zur Bekämpfung Morels sehr viel zweckmäßiger. „Mein lieber Morel" — würde ich sagen — „Sie erinnern mich in Ihrer untadeligen öffentlichen und privaten Lebensführung an Marc Aurel. Jede Zeile Ihrer geschichtlichen Abhandlungen überzeugt mich. Ich erfuhr durch Sie, was ich allerdings schon vorher ahnte, nämlich, daß unser Auswärtiges Amt keineswegs ein Chor von Engeln ist. Auch mit der Behauptung haben Sie Recht, daß es eine gewisse Strömung in der auswärtigen Politik Frankreichs gegeben hat, vor der hervorragende französische Staatsmänner ihr eigenes Volk gewarnt haben; was mich betrifft, rennen Sie offene Türen ein, wenn Sie dies eingehend beweisen. Sie wünschen Frieden — und wer täte dies nicht? Ihre Friedensbedingungen umfassen u. a. die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich; gestatten Sie mir, daß ich Sie aus Sympathie für diesen Vorschlag umarme. Sie beschuldigen die Minister des früheren Kabinetts, falsche Bahnen beschritten zu haben, die das Land so nahe an den Abgrund des Verderbens brachten, daß es einem noch jetzt beim bloßen Gedanken daran schwindelt: nun, diese Regierenden sind unbarmherzig gestürzt worden, und es ist wohl keine Frage mehr vorhanden, über die wir uneins wären. Sie werden aber nicht leugnen wollen, daß wir, solange die Deutschen auf Ihre Friedensbedingungen nicht eingehen, weiter kämpfen müssen."

So würde ich gegen Mr. Morel argumentieren. Aber vermutlich werden Sie und mein Freund Cecil Chesterton mir in diesen klaren patriotischen Auseinandersetzungen nicht folgen wollen. Mr. Chesterton ist zwar nicht händelsüchtig, aber dafür sehr streitbar — und im Effekt ist dies manchmal das Gleiche. Sie wünschen beide nicht die intellektuellen und sittlichen Kräfte Ihres Landes ohne Rücksicht auf deren manchmal verschiedenartige Ausgangspunkte zusammenzufassen gegen den Feind. Vielmehr suchen Sie Streit mit allen, die Intelligenz und Moral an sich noch nicht für etwas Unpatriotisches halten und sich auch nicht zu dem Dogma bekennen wollen, daß sie sündenlose Bürger eines sündenlosen Volkes sind, das von Gott selber zum Streite gegen eine vom Teufel besessene Nation auserkoren wurde. Glücklicherweise gibt es aber genug demütige und von ihrer eigenen Unvollkommenheit überzeugte Seelen in England; diese bilden ein erfreuliches Gegengewicht gegen Leute wie Sie, die einen mit ihrer Naivität beinahe ebenso entwaffnen wie wirkliche Unschuld.

Ihre Entdeckung, daß meine Stellungnahme zum Kriege die eines völlig Neutralen gewesen sei, besitzt den Vorzug der überraschenden Neuheit. Man hat mich bereits als Deutschenfreund und hat mich auch schon als Jingo charakterisiert: Ihnen blieb die Entdeckung meiner Neutralität vorbehalten. Die Neuheit Ihrer Behauptung reizt mich, wie mir denn auch Ihr Zitat aus der Rede des deutschen Kanzlers schmeichelhaft war. Sie fragen: „War England im Recht, als es Deutschland den Krieg erklärte, mit anderen Worten: konnte England die Kriegserklärung vermeiden?" Ich folge Ihrem Gedankengang: England griff Deutschland an, „mit anderen Worten": Deutschland konnte den Krieg mit England nicht vermeiden, folglich war Deutschland in seinem Recht. „Mit anderen Worten": Sie hätten es lieber mir oder Mr. Morel überlassen sollen, Englands Sache zu vertreten! Ich bin der erste gewesen, der öffentlich nachgewiesen hat, daß Deutschland den Krieg sehr wohl hätte vermeiden können; aber ich habe es verschmäht, mich mit so sodenscheinigen und heuchlerischen Argumenten abzugeben, wie der sittlichen Entrüstung über den Bruch 75 Jahre zurückliegender Abmachungen.

In jedem Falle haben Sie jetzt Recht, wenn Sie zu dem Schluß kommen, daß wir Deutschland mit allen Kräften zu bekämpfen haben. Wenn Sie ohne eine Verschulden Ihrerseits angegriffen werden, müssen Sie sich eben wehren oder unterliegen. Und wenn Sie selber einen Unschuldigen anfallen und dieser Unschuldige sich unerwartet tapfer verteidigt, müssen Sie sich seiner erst recht erwehren; denn nunmehr sind Sie selber in die Defensive gedrängt. Deshalb sind alle moralischen Beschuldigungen von dem Augenblick an, da der Kampf begonnen hat, eine bloße Zeitvergeudung. Wir, die wir zu Hause bleiben und schwatzen, leisten keine Hilfe. Wollen wir nicht lieber damit aufhören?

Ihr ergebener

G. Bernard Shaw.

zu Tausenden vermehren. Aus seiner Rede ist auch zu ersehen, daß alle seit dem Aufstand aus den Gefängnissen entlassenen irischen Führer bereits wieder verhaftet worden sind. Minister Duke mußte den Ernst der Lage zugeben. Den Verhafteten solle indes nicht der Prozeß gemacht werden. Sie befänden sich in Schutzhaft, die ihrer Deportation vorausgehe. Es sei zu gefährlich, diese Leute in Irland zu lassen.

Eine weitere interessante Mitteilung Dillons betraf Artikel aus dem ungarischen Parlament, die die „Morningpost“, aus Budapest datiert, regelmäßig veröffentlichte. Dillon erklärte, die Arbeiten stammten von dem ungarischen Renegaten Josef Szebenill und führten die englische Nation irre. Dillon verlangte die Erhebung der Anklage gegen die „Morningpost“ und die Internierung Szebenilis.

Die amerikanische Anwaltschaft.

Die politische Bedeutung der Anwälte in den Vereinigten Staaten beleuchtet sehr interessant ein Artikel von Amtsrichter v. Lewinski, den die „Juristische Wochenschrift“ veröffentlicht. Ueber ihre parlamentarische Stellung schreibt er:

„Bei der Entscheidung über die Kriegserklärung an Deutschland werden im Senat 55 Anwälte, im Abgeordnetenhause 247 Anwälte mitzustimmen haben. Da der Senat 96 und das Abgeordnetenhaus 435 Sitze zählt, so haben in beiden Häusern die Anwälte die absolute Mehrheit. Das gleiche gilt von den sowohl beim Senat wie beim Abgeordnetenhause bestehenden Ausschüssen für die auswärtigen Angelegenheiten, die 20 und 17 Mitglieder zählen, von denen wiederum je 12 Anwälte sind. In beiden Ausschüssen sitzt zudem ein Anwalt vor. Auch der in letzter Zeit vielgenannte einflußreiche Senator Stone ist Rechtsanwalt.“

Um so bedeutsamer ist es, daß der amerikanische Jurist von seiner Studienzeit her unter dem Einfluß der englischen Rechtsauffassung steht.

„Das in den einzelnen Staaten der Union geltende gemeine Recht (common law) geht fast durchweg auf das alte Recht Englands zurück; die großen Grundsätze, auf denen das heutige Recht aufgebaut ist und die für dessen Verständnis unentbehrlich sind, finden sich fast ausnahmslos in den Rechtsprüchen englischer Richter. Diese also hört der amerikanische Student während seines ganzen Studienganges immer aufs neue nennen, und er lernt zugleich die Kunst und Kraft ihrer Rechtsfindung bewundern. Die großen englischen Juristen, die Schöpfer und Baumeister des common law, des law merchant und des equity law, sind es, von denen der amerikanische Anwalt, Richter und Professor gelernt hat, was Recht, Gerechtigkeit und Billigkeit bedeutet. Unter diesen Umständen ist es unabweisbar, daß das empfängliche Gemüt des jungen Studenten einen gewaltigen und bleibenden Eindruck von der Größe des englischen Rechts und der englischen Rechtsauffassung empfängt, — ein Eindruck, der sogar noch stärker an das Stammland kittet, als selbst Abstammung und Sprache es vermögen.“

Wir können uns deshalb nicht wundern, wenn es amerikanischen Juristen so schwer wird, sich in die deutsche Rechtsauffassung hineinzufinden — ganz abgesehen davon, ob man den guten Willen dazu voraussetzen kann.

„Die Marneschlacht.“ Professor Dr. W. Kolbe in Rostock veröffentlicht im Verlage von Velhagen u. Klasing (Bielefeld und Leipzig) eine Studie über die Marneschlacht, deren Hauptwert darin besteht, daß sie sich grundsätzlich auf französische und englische Quellen stützt. Umso überzeugender wirkt ihr Nachweis, in dem sie sich mit Stegemanns fast gleichzeitig erschienener Darstellung trifft, daß die deutschen Waffen in den Kämpfen an der Marne siegreich waren und der Rückzug an der Aisne nicht die Folge einer Niederlage, sondern das Ergebnis allgemein strategischer Erwägungen im Großen Hauptquartier gewesen ist. Als Sieger haben die deutschen Heerführer die Schlachtfelder der ersten Septemberwoche verlassen.

Der ostpreußische Provinziallandtag wählte an Stelle des verstorbenen langjährigen Präsidenten Fürsten Dohna-Schlobitten den Freiherrn von Tettau-Tolks auf Kraphausen.

Arbeiterschutz und Arbeitsstatistik.

Aus dem Reichshaushaltsausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute in fortgesetzter Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern zunächst mit einer sozialdemokratischen Resolution, wonach schleunigst neue, für das ganze Reich wichtige Arbeiterschutzvorschriften, namentlich für diejenigen Betriebe der Munitions- und Schwerindustrie, die besonders gefährlich sind, erlassen und mit Hilfe der Bundesstaaten durchgeführt werden sollen. (Allgemeine Achtstundenschicht, bessere Unfallverhütung, umfassende Vermehrung des Inspektionspersonals, auch durch Beurlaubungen und Neuanstellungen); weiter sollen die Kräfte der Abteilung für Arbeiterstatistik des Statistischen Reichsamts erheblich vermehrt und die Fertigstellung statistischer Feststellungen über die Frauenarbeit usw. beschleunigt werden.

Ein sozialdemokratischer Redner führte aus, wenn in gewissem Sinne mit der menschlichen Kraft Raubbau getrieben werden müsse, wenn Frauen in Bergwerken unter Tage beschäftigt werden und noch stärker herangezogen werden sollen, so muß man auch an Schutz denken. Viele Unglücksfälle sind auf den Mangel an Schutzvorschriften zurückzuführen. Die Ueberwachung des Arbeiterschutzes hat sich durch die Einrichtung des Kriegsamtes verschoben, die Zivilbehörden sind durch die Militärbehörden zurückgedrängt, das war nicht die Absicht des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914.

Der Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern erklärt, daß alles geschehe, was geschehen könne. Für gesetzgeberische Maßnahmen sei jetzt nicht die Zeit. Ein allgemeiner Dispens von den Schutzbestimmungen besteht nicht. Die Regelung liegt bei den Bundesstaaten. Der Erlaß des Reichskanzlers gibt ausreichende Normen. Die achtstündige Schicht läßt sich vielfach nicht durchführen, zumal wo Frauen mit Männern zusammenarbeiten. In diesen Fällen haben sich die Behörden sorgfältig um den Schutz zu kümmern. Auch die Nachtarbeit läßt sich nicht immer vermeiden. Wir gehen lange nicht so weit, wie z. B. England. Natürlich soll vermieden werden, Frauen unter Tage zu beschäftigen. Die Unfallvorschriften gelten unverändert fort. Für die eingezogenen Gewerbeinspektoren ist Ersatz geschaffen worden, auch Frauen sind dazu herangezogen.

Das Statistische Amt ist überlastet,

neue Kräfte lassen sich nicht einstellen. Die Erfahrungen des Krieges werden gesammelt, um im Frieden nutzbar gemacht werden zu können; in dieser Hinsicht wird nichts versäumt. Bei Beschwerden kann es sich nur um Ausnahmen handeln.

Der Vertreter der Deutschen Fraktion erklärt, die deutsche Sozialpolitik sei allen andern voran. Jetzt könne man den Antrag nicht annehmen, es gelte anderes zu tun. Ein Fortschrittler weist darauf hin, daß ausländische Zeitungen übertriebene Darstellungen über Unglücksfälle bringen, denen man in Deutschland nichtentgegentrete. Es fehle vielfach an der Durchführung der Unfallvorschriften. Die Munitionsindustrie sei in vielen Zweigen nicht besonders gesundheitsgefährlich. Wo es geht, solle man die Achtstundenschicht einführen. Die Nachtarbeit für Frauen läßt sich nicht entbehren. Man könnte die Resolution dem Reichskanzler als Material überweisen. — Ein Sozialdemokrat tritt den Einwendungen entgegen. — Der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft verlangt Wiederherstellung des Arbeiterschutzes, völliges Verbot der Frauennachtarbeit und daß in dicht bevölkerten Stadtteilen Munitionsfabriken nicht angelegt werden. — Ein Konservativer betont, die Verheimlichung unvermeidbarer Unfälle fördere nur übertriebene Gerüchte. Im Kriege müssen aber dessen Anforderungen erfüllt werden, die Resolution gehe zu weit. — Derselben Meinung ist ein Nationalliberaler.

•

Die Spaltung in der Sozialdemokratie. Eine Mitgliederversammlung in Stettin, dessen Vertreter im Reichstag der Arbeitsgemeinschaftsler Vogtherr ist, hat sich mit 140 gegen 110 Stimmen auf die Seite des Parteiausschusses gestellt, ebenso die Generalversammlungen in Wolmirstedt, Aschersleben und Recklinghausen. In Kiel wurde eine radi[kale] organisation geschaffen. Für die Minderheit entschieden sich die bayerischen Wahlkreise Schweinfurt und Aschaffenburg.

Private Friedens-Erörterungen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

✱ Bern, 7. März.

Eine Friedensdebatte im kleinen wird augenblicklich im „Journal de Genève“ geführt. Am 26. Februar hatte das Blatt einen Artikel gebracht, dessen mit „X.“ zeichnender Verfasser bereits durch die pessimistische Schilderung der russischen Zustände vor einiger Zeit Aufsehen erregt hatte. In dem neuen „Et la paix“ überschriebenen Artikel sucht nun X. auseinanderzusetzen, daß die Friedensziele der Alliierten und der Mittelmächte eigentlich gar nicht so sehr voneinander verschieden seien. Man wisse nicht, warum die Auseinandersetzung über den Frieden plötzlich aufgehört habe. Was Belgien und Frankreich betreffe, so sei Deutschland zweifellos bereit gewesen, die besetzten Gebiete zu räumen. Ein dritter Punkt (Polen?) wurde offenbar von der französischen Briefzensur unterdrückt. Viertens habe sich auch Deutschland zu der „Gesellschaft der Nationen“ bekannt. Warum also sei das kleine Licht, dessen Hüter Wilson war, wieder ausgegangen?

Gegen diesen Artikel nimmt nun heute der ständige Pariser Vertreter des Blattes Stellung, indem er zunächst darauf hinweist, daß diese Ausführungen durchaus nicht dem Geisteszustande vieler und einflußreicher französischen Kreise entsprächen. Er wird aber gleich darauf in einer Fußnote von der Redaktion zurechtgewiesen, die darauf hinweist, daß X. nur in seinem eigenen Namen gesprochen habe, daß seine Meinung aber dennoch von vielen Seiten Zustimmung erfahren hat, und daß schließlich die Friedensfrage in einem neutralen Blatte zu erörtern sein müsse. Im übrigen setzt der Berichterstatter den deutschen Kriegszielen die üblichen Zweifel entgegen. Ueber Belgien könne man nicht reden, solange es nicht wirklich geräumt sei. Was Frankreich betreffe, so wechsele die Stimmung in den deutschen Regierungskreisen je nach der militärischen Situation. Polen könne nicht geholfen werden, wenn nicht alle seine Teile vereinigt würden, wie es Rußland vorschlüge. Und was die „Gesellschaft der Nationen“ betreffe, so würde Deutschland diese zwar genehmigen, doch nur, um in ihr seine Hegemonie weiter innezuhaben. Aber gerade um dieser Form einer europäischen Gesellschaft zu entgehen, verfolgten die Zehnstaaten diesen Krieg, der ihnen auferlegt worden sei.

Indessen seien diese vier Fragen noch nicht die Hauptsache. Man dürfe die Probleme Elsaß-Lothringen, Italien, Rumänien und Oesterreich-Ungarn nicht in den Hintergrund treten lassen, und — nun kommt ein Satz, der in dem Munde des stets von französisch-offiziösen Quellen gespeisten Journalisten einige Bedeutung hat: selbst wenn heute ganz Belgien und das besetzte Frankreich geräumt würde, könnten die Alliierten auf dieser Grundlage keinen Frieden schließen, weil Deutschland mit seinen Bundesgenossen über einen furchtbaren Block verfüge, der es, indem er die Gruppe der Alliierten in zwei Stücke schneidet, zum Herrscher des Kontinents macht. Die wiederhergestellte Unabhängigkeit Belgiens würde kaum eine Wirkung haben, solange das einige tausend Kilometer davon entfernt liegende Serbien unterdrückt bliebe, denn das Gewicht Mitteleuropas würde schwer auf den ganzen Kontinent lasten. Friedensverhandlungen zu eröffnen unter Fortsetzung der Kriegshandlungen und ohne daß die Grundlagen des Friedens vorher festgelegt worden sind, das sei das Ziel der Mittelmächte, und das hätten die Alliierten mit Recht zurückgewiesen. Man werde verhandeln, wenn man klar sehe. Jeder andere Weg wäre eine einfache Falle, aus der diejenigen ihren Nutzen ziehen wollten, die einige Pfänder in der Hand haben in der Hoffnung, die anderen Parteien, deren Kräfte ständig wüchsen, zu entzweien.

Georg Kaiser und seine „Sorina“.

Uraufführung im Lessing-Theater.

Vier Stücke von Georg Kaiser, dem neuesten Autor des Lessing-Theaters, dessen Komödie „Die Sorina“, gestern in Szene ging, sind mir bekannt geworden; die Novität von gestern ist darunter das unbedeutendste. Die anderen drei, die ich nur durch das Buch kennen lernen konnte — angeblich nicht, weil die Bühnen versagten, sondern weil die Erlaubnis zur Aufführung ihnen versagt wurde — erwecken eine unvergleichlich tiefere Teilnahme; sie zeigen, wenn auch in mancherlei Verhüllungen, ein Element selbständiger Kraft. In allen drei Stücken tritt uns Kaiser als der gesättigte Typus der Literaturjüngsten (nicht nach Jahren, sondern nach Neigungen) entgegen, die im Drange, neue Wege zu gehen, so dicht an die Theatermodegötter und -götzen des letzten Jahrzehnts herandrängen, daß ihnen der Blick auf die große Ueberlieferung, die dauernd dahinterschwebt, fast völlig entschwindet. Shaw mit seinem Versuch, aus Umkehrungen neue Wahrheiten zu schöpfen, aber auch mit seinem schlauen Kunstgriff, sich hinter die Theaterparodie zu verschanzen, wenn ihm Atem und Kraft ausgeht, Maeterlinck mit seinem feierlichen Wortgehäuse, das Unaussprechliches verschleiern und andeuten soll, Strindberg mit seiner genialen Ungeduld, der mitunter die Bilder in der Skizze stecken bleiben, und Wedekind mit seinem Glauben, im Hochstaplertum die letzten Reste des Heroismus zu entdecken, haben es dem neuen Talent offenbar angetan. Etwas Eigenartiges, das anzieht und beschäftigt, steckt trotz alledem dahinter: ein da und dort zum Vermögen gesteigerter Drang, sich in einen psychologischen Zustand zu verbeißen und sein verborgenstes Faserwerk ans Licht zu bringen.

Am stärksten tritt mir dieser persönliche Zug des Talentes in dem frühesten der drei Dramen (das freilich auch erst vor vier Jahren entstanden ist), in der tragischen Burleske „König Hahnrei“, entgegen. Nicht weil da nach Shawschem Muster der Liebes- und Ehebruchsgeschichte von Tristan und Marke auch komische Elemente abgerungen [illegible]. Die alte herrliche Dichtung in ihrer keuschen Nacktheit ist ja nicht an der Grenze der Parodie aufgepflanzt. Vielmehr, weil es Kaiser hier gelungen ist, mit bohrender Eindringlichkeit sich in eine dunkle Seite der Eifersucht zu versenken. Der Qual der leichtgläubigen Eifersucht, wie sie im Othello erschüttert, ist hier die Pein der schwergläubigen, die das Herz in erzwungenen Glücksgefühlen zerreißt und zerfasert, entgegengesetzt. Markes toller Kampf gegen die Sinne, sein Nichtsehen- und Nichthörenwollen hat, so grotesk es anmutet, einen tragisch ergreifenden Zug. Freilich ist dieser Zustand nach Art eines vegetativen Wachstums, so episch, in so leiser Allmähligkeit des Fortschreitens dargestellt, daß es fraglich bleibt, ob er auf der Stätte der gedrängten Wirkungen und Steigerungen nicht ermüdend wirken wird. Das gilt auch von dem heroisch gefärbten Bühnenspiel Kaisers „Die Bürger von Calais“. Hier wiederum eine historische Episode — die Opferung von sechs Bürgern, die durch den Hinzutritt eines siebenten und durch die Frage, wer frei ausgehen soll, verwirrt und gestachelt werden — gleichfalls ein fruchtbares tragisches Motiv, aber fast ertränkt im Wortreichtum — ganze Wolken von dunklen Gleichnissen, die sich über jeden Gedanken entladen. Die Stimmung der andringenden Vaterreden aus Maeterlinks „Monna Vanna“ über drei Akte gebreitet. Heller und klarer sieht es in der modernen Defraudantenstudie „Von morgens bis mitternachts“ aus. Eine originelle Voraussetzung: ein bewährter Ehrenmann und Philister, der durch eine jähe erotische Wallung urplötzlich zum Kassenraub gebracht wird, dann zwölf Stunden aus dem Leben des durchgebrannten Kassierers, vom Defraudantenwahnwitz auf dem einsamen Schneefelde durch allerhand Stätten der Ueppigkeit und eines faustischen Verschwendungsdranges hindurch bis zu einer Versammlung der Heilsarmee, in der die Katastrophe erfolgt. Strindbergisch skizzenhaft und verwegen, einschneidend in mancher Schärfe psychologischer Beobachtung, sicherlich eines Bühnenversuches wert. Aus Manier und Eigenart, aus Talent, das in die Tiefe trachtet, und künstelndem Drang zur Dunkelheit gemischt, bietet sich da eine Kraft dar, auf die man Hoffnungen setzen kann. Bleibt zu wünschen, daß die Selbsterkenntnis den Modekultus des Nachahmers, der Sinn für geklärte Kunst alle Künsteleien besiegt . . . . .

Ueber das Stück von gestern, über die Komödie „Die Sorina“ kann ich mich kurz fassen. Es ist nicht sehr der Rede wert. Ein Possenspiel, mehr derb als schneidig, eingegeben vom Schmerz über Kindermord, den die Zensur, wie man mir mitteilt, als Titel nicht duldete. Wie schon angedeutet, handelt es sich um russische Willkür im Urstand naiver Gemeinheit. Der Polizeiinspektor und Zensor verbietet alle besseren Stücke, um die Liebhaberin, „die Sorina“, der er erfolglos nachstellt, den Küssen der Schauspieler und den Augen des Publikums eifersüchtig zu entziehen; seine mannstolle Gattin erzwingt einen Liebeshandel mit einem gemaßregelten Dichter, der die Närrin täuscht, um seine Zwecke zu erreichen. Beide werden nach alten Schwankregeln von dem übermütigen Künstlerpaar gefoppt. Die Verwicklungen sind nicht zum besten erfunden. Nicht wegen der halsbrecherischen Voraussetzungen — die gesteht man dem grotesken Schwanke gerne zu — sondern weil die sichere Technik fehlt, die aus der Wurzel der kecken Unwahrscheinlichkeiten die Späße üppig und frei hervorbringen läßt. Scherz an Scherz ist zu mühsam angestückelt. Kaisers Talent und Eigenart erkennt man nur an einigen psychologischen Zügen, mit denen die lebens- und liebedurstige Frau Polizeiinspektor, die „sich mit Petersburg schreibt“ und in einer Badestube ohne Wanne den Stolz ihrer höheren Natur sieht, verhältnismäßig am besten ausgerüstet ist. Hier konnte Ilka Grüning, halbasiatisch im Aussehen, in der Sprache, im fadenscheinigen Luxus ihrer bunten Kleiderpracht den festen und sicheren Strich ihrer Charakterkomik einsetzen. Sie machte sogar das Trommelfeuer von Küssen, mit dem das unternehmende Weib den vermeintlichen Liebhaber bedenkt, — einen Scherz von zweifelhaftem Geschmack — erträglich. Auch Karl Forest, der seiner sonst rückhaltenden Persönlichkeit eine erstaunlich gute Maske des brutalen Draufgängers abgewann, war sehr charakteristisch in der Darstellung des barbarischen und schmutzigen Kleinstadttyrannen. Kurt Götz und Traute Carlsen fanden das siegesgewisse Künstlerlächeln, in dem ihre wesentliche Aufgabe bestand. Hans Strindberg, Georg John und Bruno Ziener nutzten Andeutungen, um in ihren Episoden das Zuständliche zu verstärken; viel Anhaltspunkte hat der Autor dafür nicht gegeben. So gab es einen freundlichen Erfolg; es war zunächst eine kleine Abschlagszahlung des Kaiserschen Talents und ein großer Vorschuß an Beifall von seiten des Publikums.

A. K.

Aus den Theatern. Königl. Opernhaus morgen, Abonn.-Vorst. 65 7. Abend im Richard-Wagner-Zyklus (Vorabend des „Ring des Nibelungen“), „Das Rheingold“ (Goetze, Hafgren-Waag, Dux, Leisner, von Scheele-Müller, Birkenström, Krüpfer, Philipp, Bischoff, Bronsgeest, Henke, Habich, Krase, Funck). Dirigent: Generalmusikdirektor Blech.

Die Aufführungen des politisch-satirischen Puppenspiels „Der große Kladderadatsch“ von Raimund Eckardt, Musik von Gustav Wanda und Robert Leonard, beginnen im Künstlerhause am 10. März und finden bis auf weiteres täglich um 6¼ Uhr und 8¼ Uhr abends statt.

Unser neuer Roman. Morgen beginnen wir mit dem Abdruck des Romans „Urlaub von der Liebe“ von Paul Schlesinger. Es ist der Erstlingsroman eines Schriftstellers, der kein Suchender ist, sondern ein reif Gestaltender. Aus dem Felde kommt in die Berliner Wohnung der Eltern die Nachricht vom Tode des jungen, glücklosen Kapellmeisters Heinrich Gundermann; und nun erst hören sie, daß er vor Jahren geheiratet hat. Dies ist das interessanteste, mit schonender Beurteilung des Menschlichen durchgeführte Grundmotiv. Unterlassenes wieder gut zu machen, bekennt die Familie sich zum Willen des Sohnes und Bruders. Doch blaß und blasser wird die Trauer, und weiter geht das Leben seinen Gang. Verhalten ist der Ton dieses Romans wie der von leiser Kammermusik, Frauenanmut und Frauenlächeln geben ihm eine zarte, elegische Stimmung.

Schorlemers Verteidigungsversuch.

Der Landwirtschaftsetat im Landtag.

Sitzung vom 7. März.

Am Ministertisch: Freiherr v. Schorlemer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Abg. **Meyer-Frankfurt a. O.** (Vpt.): Der Abg. Hoesch hat gestern in einer Polemik gegen meine Rede zum Bergetat gesagt, die Hauptsache sei, daß wir in Deutschland mit Kohlen versorgt sind. Ich stelle fest, daß ich in meiner Rede ausdrücklich gesagt habe, bei der Kohle liege es jetzt wie bei vielen anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs, nämlich die Hauptsache sei, daß sie überhaupt da ist, der Preis stehe erst in zweiter Linie. Trotzdem verlangen wir natürlich vom Staat — auch das habe ich in meiner Rede deutlich zum Ausdruck gebracht — daß er jede unnötige Verteuerung der Kohle verhindert.

Hierauf wird die zweite Lesung des Landwirtschaftsetats fortgesetzt.

Abg. von Kardorf (fk.):

Im ganzen Lande herrscht Uebereinstimmung darüber, daß die Regelung der Ernährungsfragen bei uns einen höchst unerfreulichen Verlauf genommen hat, und daß die bestehenden Schwierigkeiten in dem Mangel an Lebensmitteln nicht begründet sind, jedenfalls nicht in dem Umfange, den wir jetzt leider wahrnehmen müssen. Man schiebt das auf ein Uebermaß an Zwang und auf eine zu geringe Rücksichtnahme auf die Interessen der Produzenten. Andere sind entgegengesetzter Meinung. Ueber eins sind wir wohl alle einig, daß wir im Kriege nicht hätten durchhalten können ohne die Kriegsorganisationen und ohne Höchstpreise. Aber es gibt auch ein Zuviel an Organisationen, und man kann nicht alles organisieren. (Zustimmung.) Bei der Kartoffel traten die Fehler besonders deutlich in die Erscheinung. Trotz der guten Ernte von 1915 herrschte in den Großstädten eine chronische Kartoffelnot. Man mußte das Saatgut angreifen, und die Folge war eine schlechte Kartoffelernte im nächsten Jahr. Ein Kartoffelpreis von 2,50 M. für den Zentner war ganz unzureichend. Leider hat man aus den Mißständen nichts gelernt, und die Verhältnisse in diesem Jahr sind noch schlechter. Man erhöhe den Kartoffelpreis von 4 Mark auf 8 Mark und das Unmögliche wird möglich werden. (Hört! Hört! links.)

Der Fehler liegt im System. Mit Zwangsforderungen erreicht man nichts. Der Landrat kann die Erzeuger nicht an die Strippe legen, wie der Fabrikbesitzer seine Arbeiter. Man kann das Wirtschaftsleben nicht jahrelang auf der Selbstlosigkeit aufbauen, sondern nur auf dem Vorteil, in jedem Menschen steckt ein Stück Egoismus. Man hat durch schöne Worte und Versprechung billiger Preise die dauernde Not in den Städten organisiert. Haß gegen die ländliche Bevölkerung gesät, aber keine Lebensmittel beschafft. Die Arbeiter würden gern hohe Preise zahlen, wenn sie jetzt etwas hätten. Der Wucher mit der Konservenbüchse spottet jeder Beschreibung. Die Lebensmittel, an denen die Landwirtschaft nichts verdient, sind es gerade, die am schlimmsten gesteigert worden sind. Das Gutachten der Professoren läßt bereits auf eine gewisse Einsicht schließen und auf Umkehr hoffen. Meinem Kreise ist eine so große Heulieferung abgefordert worden, daß ich erschrocken bin; dann las ich, daß General Owen erklärte, er könne sich gar nicht lassen vor dem vielen Heu, das ihm angeboten werde.

Vor einer Inangriffnahme des Saatgutes kann nicht dringend genug gewarnt werden. Wenn man sich zu einer Erhöhung des Butterpreises entschließt, wird man Butter genug haben. Die Herabsetzung der Viehpreise bedauern wir. Der Milchpreis ist auch heute noch billig. Der Abg. Lippmann hat aus dem Anziehen der Güterpreise geschlossen, daß es der Landwirtschaft gut gehe. Das ist ein Trugschluß. Daraus kann man höchstens folgern, daß es andern Leuten sehr gut geht, die gern Rittergutsbesitzer werden wollen.

Gegen Scheidemann — für Schorlemer.

Von der Landwirtschaft hat der Abg Scheidemann, der ja glauben mag, mit seiner Politik die Interessen der hinter ihm stehenden Kreise zu vertreten, gar keine Ahnung. Wenn seine Politik befolgt würde, dann wären wir nicht einmal in der Lage, seine Kriegsziele zu erreichen. Dann ist es mit dem: Jeder trage seine eigene Last! zu Ende, dann müssen wir selbst die Last der andern tragen, und dann wäre Scheidemann der Totengräber deutscher Macht und Würde. (Zurufe links.) Wir vertreten die Interessen der Arbeiter besser, auch wir wissen, daß ohne den deutschen Arbeiter der Krieg nicht zu gewinnen ist. Wir arbeiten mit unserer Ernährungspolitik für ihn. Sie (nach links) geben ihm Versprechungen, leere Worte und Bitterkeit. Wenn man unsere Politik befolgt hätte, würde der Arbeiter Lebensmittel haben. Die Zahl derer, die jetzt nicht das Geld haben, um sich Kartoffeln zu kaufen, ist gering. (Widerspruch links.) Wenn das Militär heute ausreichend versorgt ist, so ist das ein Verdienst des Landwirtschaftsministers. Gegen einen Fehler ist er nicht durchgedrungen. Hoffentlich machen unsere Verhandlungen einen ernsten Eindruck auf die gesamte Staatsregierung. Hoffentlich werden auch die Widerstände, die der Landwirtschaftsminister — es ist ja bekannt — beim Reichsamt des Innern und beim Kriegsernährungsamt gefunden hat, beseitigt. (Beifall rechts.) Diese Instanzen und vor allen Dingen der neu ernannte Staatskommissar mögen sich in allen Fällen des sachverständigen Rates der landwirtschaftlichen Verwaltung bedienen. (Beifall rechts.) Damit vertreten wir keine agrarischen Sonderinteressen, sondern die großen gemeinsamen Interessen des Landes. Es handelt sich nicht um die deutsche Gegenwart, sondern um die ganze deutsche Zukunft. Um den Aufbau eines größeren und neuen Deutschland. (Beifall links.)

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer:

Die Aussprache in diesem Hause hat sich ausnahmslos in ruhigen und sachlichen Bahnen bewegt, und eine solche Aussprache kann nur förderlich sein. Ich danke den Vorrednern auch für das meiner Amtsführung zugesprochene Vertrauen und benutze diese erste Gelegenheit, um die in aller Oeffentlichkeit gegen mein Ressort und gegen meine Person gerichteten Vorwürfe zurückzuweisen. Die fortgesetzten Angriffe gegen die landwirtschaftliche Verwaltung in Preußen müssen, wenn sie unwidersprochen in das Land hinausgehen, nicht nur ein falsches Bild von der Tätigkeit meines Ministeriums, sondern auch von der Tätigkeit der preußischen Landwirtschaft im Kriege überhaupt geben. Deshalb sind diese Vorwürfe nicht nur bedauerlich, sondern geradezu verhängnisvoll. (Sehr richtig!)

Die Kreise von denen diese Angriffe und Vorwürfe ausgehen, übersehen vollständig, wieweit sich der Einfluß des preußischen Landwirtschaftsministers gegenwärtig noch erstreckt. Ich soll nicht nur das Reichsamt des Innern, sondern auch das Kriegsernährungsamt völlig meinem Willen unterwerfen, und ich soll bei meiner Tätigkeit die Interessen der Konsumenten völlig außer Acht gelassen haben. Die zahlreichen Kriegsorganisationen haben den Einfluß des preußischen Landwirtschaftsministers, seine Mitwirkung bei zahlreichen Maßnahmen nicht allein auf dem Gebiete der Volksernährung, sondern auch auf dem Gebiete der Erzeugung in weitestem Maße abgeschwächt. (Lebhaftes Hört! Hört! rechts.)

Die schwindende Machtfülle des Ministers.

Ich kann, ohne zu übertreiben, versichern, daß die Dinge gegenwärtig schon so weit gediehen sind, daß mir der nötige Ueberblick über unsere gesamte wirtschaftliche Lage und die Prüfung der Frage, wieweit die Erzeugung auf die Bedürfnisse der Konsumenten einzustellen ist, sehr erschwert, wenn nicht geradezu unmöglich gemacht ist. (Stürmisches Hört! Hört! rechts.)

Angesichts dieses tatsächlich vorhandenen Zustandes soll ich nun der Verbrecher sein, der das Reichsamt des Innern, das Kriegsernährungsamt und die verschiedenen Reichsstellen an Maßnahmen gehindert hat, die im Interesse der Verbraucher sich als notwendig ergeben haben. Das ist keineswegs der Fall. Wie weit meine Kompetenzen noch gehen mögen, die bisher unwidersprochen gebliebenen Zeitungsnachrichten beweisen, wonach im Regierungsbezirk Trier für die Kartoffeln bereits der Anbauzwang eingeführt sein soll. (Hört! hört! rechts und im Ztr.) Ich bin als Landwirtschaftsminister für Preußen hiernach nicht gefragt worden (stürmisches Hört, hört! rechts und im Ztr.), und ich habe mich genötigt gesehen, mich an den Regierungspräsidenten in Trier mit der Frage zu wenden, ob die Nachricht richtig und auf Grund welcher Bestimmungen eine solche Verordnung erlassen ist. (Sehr gut! rechts und im Ztr. — Zurufe im Ztr.: Sie ist richtig!) Ich mußte das erwähnen, um dem albernen Märchen entgegenzutreten, daß ich derjenige bin, der Maßnahmen von Reichsressorts unmöglich macht. (Sehr gut! rechts.)

Auf die Angriffe des Abg. Scheidemann im Reichstage hat der Reichskanzler zu meiner Befriedigung sofort geantwortet, und ich tröste mich mit der Erwägung, daß glücklicherweise, wenigstens gegenwärtig noch, der Deutsche Reichstag nicht in der Lage ist, preußische Staatsminister zu berufen oder abzusetzen. (Heiterkeit.) (Heiterkeit und Sehr gut! rechts und im Ztr.) Ich kann dem Abg. Scheidemann von dieser Stelle aus versichern, daß ich auf meinem Platz ausharren werde, (Stürmischer Beifall rechts und im Ztr.), nicht so lange es mir beliebt, sondern so lange mir der Wille meine. Königs und das Vertrauen der Landwirtschaft das Verbleiben ermöglichen. (Erneuter stürmischer Beifall rechts und im Ztr.)

Einen Beweis für den weitgehenden Einfluß und die engen Beziehungen zwischen dem preußischen Landwirtschaftsministerium und den leitenden Stellen im Reiche bildet die Eingabe der deutschen Gewerkschaften an den Reichskanzler und das Kriegsernährungsamt. Sie ist datiert vom 21. Februar und ist a m23. Februar in die Hände des Reichskanzlers und des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes gelangt. Ich habe von dieser Eingabe gestern durch die Nummer des „Vorwärts“ vom 1. März Kenntnis erhalten. (Stürmisches Hört! hört! rechts und im Ztr., Bewegung.) Diese Eingabe ist die Fortsetzung von Behauptungen, die ich kurz vorher bereits mehr oder weniger ausführlich in der „Vossischen Zeitung“, der „Frankfurter Zeitung“, dem „Berliner Tageblatt“ und natürlich in den sozialdemokratischen Blättern lesen konnte. Ich würdige die schwere und schwierige Lage, in der sich die Bewohner der groen Städte und vor allem die industriellen Arbeiter befinden. Ich habe das nie verkannt und verkenne das auch heute nicht, und ich kann ehrlich versichern, daß alle Bemühungen meiner Verwaltung nicht in erster Linie die Interessen der landwirtschaftlichen Erzeuger und deren privatwirtschaftliche Ansprüche, sondern die Interessen der Verbraucher und den Gesichtspunkt im Auge gehabt haben, wie die Lage der Arbeiter und der Städter gebessert und wie ihnen mehr und dauernd Nahrungs- und Lebensmittel zugeführt werden können. (Zustimmung rechts und im Ztr.)

Gegen die Klagen der Gewerkschaften.

Wenn ich von diesem Gesichtspunkt auch die Klagen versuche, die in der Eingabe der Gewerkschaften zum Ausdruck kommen, so kann ich es nicht für gerechtfertigt halten, daß sich diese Klagen zu einer Anklage gegen mein Ressort und meine Person, gegen die Regierung, die Wohlhabenden und die Landwirte verdichten. Die Eingabe verkennt ganz die eigentlichen Gründe, weshalb wir in diese schwierige Lage geraten sind. Die Wirkung des Kriegszustandes, die Schwierigkeiten unter denen die landwirtschaftlichen Erzeuger arbeiten, und vor allem die bedenkliche Situation, in die uns der teilweise gelungene Aushungerungsplan Englands und seiner Verbündeten gebracht hat. Es hätte mich als Vaterlandsfreund und Wahrheitsfreund viel sympathischer berührt, wenn die Gewerkschaften auf diese Ursachen unserer gegenwärtigen Lage hingewiesen und davon Abstand genommen hätten, die Landwirtschaft zu verdächtigen und für Dinge verantwortlich zu machen, an denen ganz andere Ursachen schuld sind. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Ztr.)

Wie recht ich habe, beweisen die Ausführungen in der Eingabe über die Kartoffelversorgung. Sie spricht von einer Einschränkung der Anbaufläche und von einer schlechten Bewirtschaftung. Diese Darstellung der Eingabe über die Gründe unserer Kartoffelnot ist ungetrübt durch jede Sachkenntnis und jede Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. (Sehr richtig! rechts.) Die Anbaufläche ist 1916 im Vergleich zu 1915 um über 20 000 Hektar gestiegen. (Hört, hört! recht.)

Die Kartoffelfrage.

Was die schlechte Bewirtschaftung anlangt, so hätte jeder Landwirt dem Verfasser der Eingabe sagen können, worauf die schlechte Kartoffelernte zurückzuführen ist. Wenn man aber den Landwirten den Vorwurf schlechter Bewirtschaftung macht, deren größter Teil im Schützengraben steht, während die Frau daheim mit Gefangenen und oft ohne jede andere Hilfe sich bemüht, den Acker zu bestellen, so ist das nicht allein unverständlich, sondern auch sehr bedauerlich. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Ztr.) Die Eingabe fordert weiter Abstandnahme von jeder Herabsetzung der Kartoffelration, wendet sich gegen jede weitere Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln und sagt, daß sobald als irgend möglich eine Bestandsaufnahme an Kartoffeln durchzuführen und ein Fütterungsverbot von Kartoffeln für Schweine erlassen wird. (Lachen rechts.) Der Verfasser scheint gar nicht zu wissen, daß eine Bestandsaufnahme für den 1. März bereits seit Wochen angeordnet war, und daß ein vollständiges Verfütterungsverbot für Kartoffeln seit dem 24. Oktober 1916 besteht. (Zustimmung.) Aber er tut so, als wenn er erst die Regierung auf diese Dinge bringen mußte. Ich kann für diese Eingabe keine andere Bezeichnung finden als den harten Ausdruck, daß ich es ehrlich und tief bedauere, daß die Gewerkschaften und vor allem die christlichen Gewerkschaften sich dazu haben verleiten lassen, ein solches Machwerk (Lebhafte Zustimmung rechts) mit zu unterzeichnen, das in seinen Erfolgen nicht das Ziel erreichen kann, das ich dem Verfasser bona fide zubillige, nämlich eine Besserung der gegenwärtigen Zustände, sondern das verheerend wirken muß in der Stimmung zwischen Stadt und Land. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich bin der festen Ueberzeugung, daß, wenn man diese Eingabe auf dem Lande verbreiten würde, die Landwirte erstaunt und erschreckt sein würden über die Unkenntnis, mit der die wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande durch Vertreter der Verbraucher und Arbeiter beurteilt werden. (Sehr richtig! rechts.)

Die Verträge mit den Mastorganisationen.

Die Eingabe behauptet weiter, ich hätte den Städten verboten, mit den Mastorganisationen Verträge abzuschließen. Ich kann den Städten etwas derartiges überhaupt nicht verbieten und habe es auch nie getan. (Hört, hört! rechts.) Die Bemerkung wird hervorgerufen sein durch einen Schriftwechsel meines Ressorts mit der Stadt Berlin über die Frage, ob der Mastvertrag mit den Mastorganisationen in Pommern weiter zur Ausführung kommen könne. Das Landesfleischamt hatte nämlich erklärt, daß die Fortführung in der bisherigen Weise nicht möglich wäre. Ich weise aber ausdrücklich darauf hin, daß trotz der entstandenen Schwierigkeiten Berlin in der Lage geblieben ist, seine Mastverträge mit den pommerschen Mastorganisationen zur Ausführung zu bringen, selbstverständlich unter dem Vorbehalt, daß die ihm von den Mastorganisationen gelieferten Stücke auf die übrigen Fleischlieferungen angerechnet werden.

Die Städtefreundlichkeit des Ministers.

Wie wenig ich städtischen Wünschen und Ansprüchen gegenüber feindlich aufgetreten bin, mag aus der Tatsache hervorgehen, daß ich der Stadt Essen die beiden Domänen Wetterstein und Pretzsch auf die Dauer von 18 Jahren weiter verpachtet habe, nachdem die Stadtverwaltung von Essen sich mit den Pächtern über die Abtretung der Pacht geeinigt hatte. Das liegt im Rahmen von Bestrebungen, die ich seit meinem Amtsantritt verfolgt habe, und die dahin gehen, nach Möglichkeit die direkte Lieferung des Landes an die Stadt durch Lieferungsverträge zu ermöglichen. Ich wurde früher deshalb ausgelacht und begegnete überall Achselzucken, aber die Städte könnten sich heute freuen, wenn sie damals auf meinen Gedanken eingegangen wären. Es wäre ihnen das Durchhalten sehr viel leichter geworden. (Sehr richtig! rechts.) dieser beiden Domänen haben übrigens ihr Pachtrecht abgetreten ohne besondere Entschädigung. Das ist beachtenswert gegenüber den gestrigen Behauptungen des Abg. Lippmann, der auf die höheren Erträge bei der Verpachtung von Domänen hinwies und daraus schloß, daß es der Landwirtschaft gut gehe. Diese Pachtabtretungen deuten jedenfalls darauf hin, daß die Pächter dieser beiden Domänen nicht allzu rosig in die Zukunft sehen. Wenn die Domänen bei den letzten Verpachtungen erheblich höhere Erträge erzielt haben, so ist das in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß es sich um Verpachtungen handelte, die noch aus der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges der Landwirtschaft herrühren, und diesen Niedergang haben wir ja glücklicherweise überwunden. Im übrigen erfolgt die Verpachtung immer an den bisherigen Pächter. Es ist mit den größten Schwierigkeiten verknüpft, einen neuen Pächter zu finden, weil niemand das Risiko der Pachtung neu übernehmen will. (Sehr richtig! rechts.)

Die Verpflegung der deutschen Kriegsgefangenen in England. Amtlich wird durch Reuter mitgeteilt, daß die neuen Verpflegungssätze für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen der jüngsten Bekanntmachung des Lebensmittel-Kontrolleurs entsprächen und von ihm gebilligt seien. Bisher hätten die Gefangenen mehr erhalten, als den von Lord Devonport empfohlenen freiwilligen Einschränkungen des Lebensbedarfs entsprechen würde.

Handelsnachrichten.

New York, 6. März. (Eigene Kabelmeldung.)

	6. 3.	5. 3.		6. 3.	5. 3.
Tendenz für Geld	behpt.	behpt.	Norfolk & Western	127½	127½
Geld a. 24 St. Durchsch.	2¼	2¼	Northern Pacific	102¾	103½
Geld a. 24 St. letzt. Darl.	2½	2½	Pennsylvania	54	54
Wechs. a. Berlin (Sicht)	68¼	68¼	Reading	93⅞	94
Wechs. a. Paris (Sicht)	5,8550	5,8525	Chicago Rock Island	38	37⅞
Wechs. a. Lond. (60 T.)	4.71	4,71	Southern Pacific	92½	92⅞
Cable Transfers	4,7645	4,7645	Southern Railway	27¾	28½
Silber Bullion	76⅝	76⅝	Southern Railway prf.	58	59½
North. Pac. 3% Bonds	66⅝	66½	Union Pacific	134½	135½
Frisco. 4% Serie A	67⅞	68	Union Pacific pref.	—	81½
do. 6% Inc. Serie A	52½	51½	Wabash pref.	49	49⅞
S. Fre & St. L. Adj. 6% B.	73¼	72¾	Western Maryland	22½	22⅞
Sth. Pac. cv. 4% Bonds	85¼	85½	American Can	45	44½
Atchison Topeka	101⅞	102½	American Car & Foun.	68	67½
Baltimore & Ohio	75½	75⅛	American Locomotive	72	72½
Canadian Pacific	154	153¾	American Smelt. Ref.	100½	100⅞
Chesapeake & Ohio	58½	58¾	American Sugar Ref.	110¾	111½
Chicago Milwaukee	81⅝	82	Anaconda Copper M.	84⅞	84½
Denver & Rio Grande	12⅛	12⅜	Bethlehem Steel	139	139
Erie common	26½	26¾	Central Leather	92½	89⅛
Erie first pref.	39	39¾	Consolidated Gas	—	121
Great Northern pref.	113	112⅞	General Electric	—	164
Great North. Ore Cert.	—	36	Internat. Harvester	116	115
Illinois Central	101	101¼	Intern. Merc. Mar. Co.	28⅝	27⅞
Interbor. Consolid.	12¾	12⅝	do. do. do. pref.	77¼	78½
Lehigh Valley	—	71	National Lead	—	58½
Louisville & Nashville	125½	125¼	Republ. Iron & Steel	80½	80½
Missouri Kans. & Texas	7¼	7¼	Unit. Stat. Steel Corp.	110⅝	110⅝
Missouri Pacific	29½	29½	do. do. do. pref.	118	118
N. R. Mexico 2. pr.	6 B	6 B	Utah Copper	—	114½
New York Central	96	95⅞	Virginia Carol. Chem.	40	39
New York Ontario	23	23¾			

New York, 6. März. (Eigene Kabelmeldung.)

	6. 3.	5. 3.		6. 3.	5. 3.
Weizen Tendenz:	behpt.	träge	Baumwolle per Juni	17,60	17,76
do. Hard Wint. Nr. 2n.	213½	211½	do. per Juli	17,43	17,68
Mais Nr. 2 Mix. a. Abr.	122¼	120½	do. per August	17,30	17,50
Hafer II wh. Clipped	73	72¼	do. per Septbr.*)	16,69	16,77
Mehl Spring wheat	8,30-8,55	8,10-8,30	do. New-Orl. loko	17,50	17,50
Getreidefr. Liverp.	nom.	nom.	Kaffee Rio Nr. 7 loko	9⅝	9⅝
Schmalz prima West.	19,85	19,77½	do. per Mai	7,44	7,53
do. Rohe & Bros.	21,00	21,00	do. per Juli	7,59	7,67
Petrol. raff. in Cases	12,25	12,25	do. per Sept. **)	7,70	7,78
do. Stand. White	9,75	9,75	Zucker Stand. Gran.	7,00-8,00	7,00-8,00
do. in Tanks	5,00	5,00	do. Centrifugal	5,14-5,20	5,14-5,20
do. Cred. Balanc.	3,05	3,05	Stahlknüppel	70	70
Terpentin	51	51	Kupfer Electrolytic	†)	††)
Roheisen North. Nr. 2	33,50-34,50	33,50-34,50	Rohzinn	53,50-55,50	58 Käuf
Baumwolle loko mdl.	18,10	18,05	Zink	10-10,50	10-10½
do. per Mai	17,60	17,75	Blei	10,00	9,50-9,87½

*) Baumwolle per Oktober 16,58 (16,65). — **) Kaffee per Dez. 7,85.
†) Für die ersten drei Quartale 31½—35. ††) 31—35.

Chicago, 6. März. (Eigene Kabelmeldung.)

	6. 3.	5. 3.		6. 3.	5. 3.
Weizen Tendenz:	behpt.	träge	Hafer per Mai	60	59⅝
do. per Mai	190⅝	188¼	Schmalz per Mai	19,40	19,35
do. per Juli	159⅛	158⅜	do. per Juli	19,42½	19,32½
do. per Sept.	146½	146⅛	Schweinefl. per Mai	33,90	33,80
Mais Tendenz:	behpt.	träge	Rippen per Mai	17,87½	17,82½
do. per Mai	108⅜	106½	Speck. kurze dicke St.	*)	**)
do. per Juli	107¾	106¼	Schweinezuf. i. West.	95 000	106 000
do. per Sept.	106⅝	105¼	do. in Chicago	15 000	42 000

*) 17,47½—17,87½. **) 17,25—17,75.

(Hierzu eine Beilage.)

Verantwortlich für die Anzeigen: Ernst Houpt, Berlin-Schöneberg. Druck und Verlag: Ullstein & Co., Berlin.

Der Hypothekenzinsfuß.

Eine Erörterung im Berliner Rathaus.

Die Vorsitzenden und Beisitzer der Hypotheken-Einigungsämter von Berlin und seinen Vororten traten gestern im Stadtverordneten-Sitzungssaal des Berliner Rathauses unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Justizrat Galland zu einer Besprechung zusammen. Auf der Tagesordnung stand „die Einwirkung der Einigungsämter auf den Hypotheken-Zinsfuß". Der erste Berichterstatter, Privatdozent Dr. Nußbaum, vertritt den Standpunkt, daß während des Krieges, namentlich in der ersten Zeit, vielfach von den Hauseigentümern bei Fälligkeit ihrer Hypotheken Verpflichtungen übernommen worden sind, deren Erfüllung ihre wirtschaftliche Existenz bedrohe. Dies sei namentlich vor dem Inkrafttreten eines ausreichenden Schuldnerschutzes geschehen, aber auch nach dem Erlaß der Bundesratsverordnungen hätten sich vielfach Schuldner gescheut, das Gericht oder Einigungsamt anzurufen. Bliebe dieser Zustand bestehen, so seien auch die nachstehenden Hypothekare bedroht, die auf keine Verzinsung mehr rechnen könnten; es sei ferner gar nicht abzusehen, wie man jemals zu einer Amortisation kommen könne. Wenn der Schuldner in Gefahr ist, zugrunde gerichtet zu werden, muß der Richter ihm helfen können. Der Berichterstatter schlug eine Gesetzänderung etwa folgender Art vor:

„Auf Antrag des Schuldners können vom Gericht Zins- und andere Nebenleistungen, die im Kriege erhöht worden sind, bis auf den früheren Betrag herabgesetzt und solche, die im Kriege übernommen worden sind, aufgehoben werden, sofern eine Notlage des Schuldners es rechtfertigt, es sei denn, daß die Anordnung dem Gläubiger einen unverhältnismäßigen Nachteil bringt. Die Anordnung kann höchstens auf ein Jahr ergehen, ihre Wiederholung ist zulässig."

Der zweite Berichterstatter, Stadtrat Junghans-Wilmersdorf, erhob hiergegen im wesentlichen drei Bedenken: er vermißte den Nachweis des Bedürfnisses; er verwies ferner darauf, daß seit Mai 1915 der Hauseigentümer das habe erreichen können, was er nach dem Antrag erreichen solle, nämlich die Verlängerung zu den bisherigen Zinssätzen; vor allem befürchtet er von einer derartigen Vorschrift eine Erschütterung der Rechtssicherheit, da der Gläubiger, der den Vertrag über eine Hypothek abschließe, nicht wissen könne, ob der Schuldner nicht nachträglich eine Aenderung herbeiführe.

An die beiden Berichte schloß sich eine lebhafte Aussprache. Der Antrag des Vortragenden wurde vom Stadtsyndikus Sembritzki, Stadtverordneten Dr. Knauer, Justizrat Markwald unterstützt, während Stadtverordnete Bankdirektor Dühring und Dr. Eyck, die Justizräte S. Wreschner und Hirsekorn Bedenken äußerten. Schließlich einigte man sich auf die Einsetzung einer Kommission, die den Antrag weiter vorbereiten und namentlich durch Vermittlung der Grundbesitzervereine statistisches Material beschaffen soll. In diese Kommission wurden die Herren Dr. Nußbaum, Sembritzki, Dühring, Wreschner, Hirsekorn und Fuhrmann gewählt.

Persönliches. Der Baronin Lilly v. Rothschild in Frankfurt a. M. sind aus Anlaß ihres 85. Geburtstages vom Kaiser und der Kaiserin sowie von den Prinzen und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen Blumenspenden übersandt worden.

Der zum Bürgermeister von Merseburg gewählte und auch bestätigte Stadtrat Hertzog in Görlitz kann sein Amt nicht antreten, da seiner Reklamation von der Militärbehörde nicht stattgegeben werden konnte.

Die neue Kälte. In Berlin betrug die heutige Morgentemperatur wieder — 10 Grad. Das Potsdamer meteorologische Observatorium auf dem Telegraphenberg stellte sogar 13,2 Gr. Kälte fest. Der Frost hat in Potsdam von gestern auf heute um 4 Grad zugenommen.

Oertliche Höchstpreise. Der 1. Strafsenat des Reichsgerichts hat in einer neueren Entscheidung seinen früheren Rechtsstandpunkt, daß für örtliche Höchstpreise der Wohnsitz des Käufers maßgebend sei, aufgegeben. In dem neuen Urteil, das die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes mitteilt, heißt es: Für die Anwendbarkeit der Höchstpreisfestsetzung kann nicht maßgebend sein, wo der Kaufvertrag geschlossen wird, sondern muß maßgebend sein, wo sich die verkaufte Ware befindet, von wo sie geliefert wird, und das ist regelmäßig der Ort, wo der Verkäufer seinen Wohnsitz oder seine Handelsniederlassung hat. Wenn in früheren Urteilen des Senats angenommen worden ist, daß der Ablieferungsort maßgebend sei, der Ort, an dem die Ware in den Besitz des Käufers übergeht, regelmäßig also der Wohnsitz des Käufers, so wird daran nicht festgehalten. Auf die Preisgestaltung am Bestimmungsort ist es ohne Einfluß, welche Preise für Waren erzielt werden, die von außerhalb eingeführt werden, sofern der Verbraucher die Waren bezieht. Der Händler muß freilich den Preis der von auswärts eingeführten Waren nach dem dafür gezahlten Einkaufspreise berechnen, er kann aber nur von auswärts beziehen, wenn an seinem Wohnsitz keine Höchstpreise bestehen oder höhere als am Versendungsort, weil er sonst nur mit Schaden weiterverkaufen könnte. Besteht an seinem Wohnsitz kein Höchstpreis oder ein höherer als am Wohnsitz des Verkäufers, so kann er doch, wenn er den dort geltenden Höchstpreis überschreitet und dort die Preise treibt, nicht deshalb straflos bleiben, weil der von ihm gezahlte Preis an seinem Wohnsitz zulässig ist. Denn die vom Gesetz gemißbilligte schädliche Einwirkung auf die Preisgestaltung am Wohnsitz des Verkäufers bleibt bestehen, auch wenn am Wohnsitz des Käufers eine solche nicht eintritt oder nicht zu befürchten ist.

Zunehmende Bierknappheit. In zahlreichen Berliner Gastwirtschaften wird seit einiger Zeit Bier nur an bestimmten Stunden ausgeschänkt. Zuweilen müssen auch einzelne Lokale abends früher geschlossen werden, weil kein Bier mehr vorhanden ist. Diese Bierknappheit hat ihre Ursache darin, daß die Brauereien an Rohmaterialien nur 25 v. H. ihres Friedensumsatzes zur Herstellung von Bier erhalten. Aber auch diese Menge soll, wie wir hören, noch weiter gekürzt werden, und zwar auf 15 v. H. Ein Teil der Brauereien verfügt allerdings noch über genügende Gerstevorräte, um bei sparsamer Bewirtschaftung und eingeschränktem Verkauf bis zur nächsten Ernte im Herbst auszukommen. Neuerdings soll aber Bier vorzugsweise an die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Schwerarbeiter abgegeben werden. Ob dann überhaupt noch Bier für die Allgemeinheit übrigbleibt, muß abgewartet werden.

Kleine Mitteilungen. Der Direktor der Berliner Niederlassung der Metallgroßfirma Beer Sondheimer u. Co., Frankfurt a. M., M. Kleemann ist vom Reichskanzler zum Beirat des Reichskommissars für Uebergangswirtschaft ernannt worden.

Vom Kriegsausschuß für Oele und Fette ist für die Herstellung eines Ersatzmittels für Leinöl aus heimischen Rohstoffen ein Preisausschreiben erlassen worden. Bewerbungen müssen bis zum 1. Juni erfolgen.

Im Berliner Schachverein v. 1876 beginnt das neue Turnier am Montag, 8 Uhr, im Kerkaupalast. Die Auslosung findet bereits am Donnerstag, 8. März, statt.

Mit Genehmigung des Ministers des Innern wird von jetzt ab der Schriftverkehr des Kriegswucheramts nur unter der Bezeichnung „Kriegswucheramt" geführt. Die Zusatzbezeichnung „Der Polizeipräsident zu Berlin" fällt weg, doch bleibt das Kriegswucheramt nach wie vor in das Polizeipräsidium Berlin eingeordnet.

85 Zentner Getreide verschwiegen. Bei der in Ullersreuth in Thüringen vorgenommenen Nachprüfung von Getreide, Mehl usw. wurden bei dem Gutsbesitzer Wickel 23 Zentner Hafer, 12 Zentner Gerste und 15 Zentner Roggen versteckt vorgefunden, die er verschwiegen hatte. Ferner wurde er beim Ausdreschen von Korn betroffen, obwohl er vorher versichert hatte, es sei alles ausgedroschen. Außerdem hatte er noch weitere 22 Zentner Hafer und 13 Zentner Gerste und 385 Pfund Mehl zu wenig angegeben.

Englische Kriegseisenbahn. Ueber das Reisen auf den englischen Bahnen entwirft ein englischer Schriftsteller in der Londoner Wochenschrift „World" folgendes Bild: Bei der Abreise muß man am Bahnhof das Gepäck selbst vom Kraftwagen herunternehmen. Dann läßt man es stehen und begibt sich auf die Suche nach einem Handkarren. Dienstmänner gibt es nicht mehr. Man muß seine Koffern selbst an den Gepäckwagen heranrollen und meist auch selbst hineinbefördern. Dann nimmt man seinen Platz am Ende einer langen Reihe, die sich vor dem Billettschalter aufgestellt hat, ein. Dabei macht man dann die Erfahrung, daß die meisten Leute Erlaubnisscheine haben, um zu reisen, die mit großer Umständlichkeit untersucht werden. Speisewagen gibt es nicht mehr. Auch haben die Züge nirgends mehr langen Aufenthalt, weil sie sonst vielleicht den Güterverkehr, der den Vorrang vor dem Personenverkehr hat, hindern könnten. Man kann daher nirgends aussteigen, um während der Fahrt sich mit Nahrungsmitteln zu versehen. Die Heizung ist schon seit langem eingestellt. Besteht eine Zeppelinpanik, dann wird der Zug nach Möglichkeit in einen Tunnel geschoben. Man kann mit Sicherheit wetten, daß auf der Fahrt irgendein Maschinendefekt oder eine sonstige „Panne" eintritt, denn das rollende Material ist seit zwei Jahren nicht mehr erneuert oder ausgebessert worden.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, zeitweise heiter, jedoch vorherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen.

Kunst. Wissenschaft. Literatur.

Das Offenbergsche Stammbuch aus dem Mitauer Museum. Das Provinzialmuseum zu Mitau besitzt ein kostbares altes Stammbuch, das mit seinem künstlerischen Schmucke und mit seinen literarischen Eintragungen zu den besten seiner Art zählt. Mit Genehmigung des Oberbefehlshabers Ost wird es demnächst der in Mitau tätige Professor Dr. Otto Clemen im Insel-Verlage in einer Faksimile-Ausgabe herausgeben. Der ursprüngliche Besitzer dieses kostbaren Stammbuches ist ein kurländischer Baron Heinrich von Offenberg, der, 1752 geboren, erst dem letzten Herzog von Kurland, dem kunstsinnigen Herzog Peter, als Kammerherr, Hof- und Reisemarschall und Hofgerichtsrat diente, dann von der russischen Regierung übernommen wurde und als Kaiserlich russischer Geheimrat und Präsident des kurländischen Oberhofgerichts 1827 zu Mitau gestorben ist. In den Jahren 1778 bis 1786 unternahm er Reisen nach Deutschland, Holland, England, der Schweiz und Italien und trat da vielen bedeutenden Künstlern und Gelehrten näher. Während dieser Reise hat er auch die meisten Handzeichnungen und Autographen, die drei Bände seines Stammbuches füllen, zusammengebracht. Es sind darin u. a. vertreten: Chodowiecki, Nicolai, J. W. Meil, Benjamin West-London, John Francis, Rigaud, die Brüder Kobell, Joseph Fratrel, Joh. Friedrich von der Schlichten, Wolfgang Heribert von Dalberg, Isaak Iselin, Jakob Sarasin, Johann Kaspar Lavater, Bodmer, Pestalozzi, Philipp Hackert, Georg Abraham Hackert, Friedrich Müller (der „Maler Müller").

Für das humanistische Gymnasium. Der Erklärung von 66 Leipziger Universitätsprofessoren zugunsten des humanistischen Gymnasiums als Vorbereitungsstätte für die Geisteswissenschaften haben sich wie in Marburg, so auch in Greifswald eine Reihe von Professoren angeschlossen, u. a. D. Viktor Schultze; D. Johannes Haußleiter; D. Johannes Kunze; D. Friedrich Wiegand; D. Otto Procksch; D. Eduard Freiherr v. d. Goltz; Lic. Kurt Deißner (Theologie). — Dr. Ernst Bierling; Dr. Jacob Weismann; Dr. Eduard Hubrich; Dr. Albert Coenders; Dr. Karl Polenske; Dr. de Boor (Rechts- und Staatswissenschaften). — Dr. Lidzbarski; Dr. Ehrismann; Dr. Gelzer; Dr. Schmekel; Dr. Semrau; Dr. Thiele (Philosophie).

Eugen Bormann als Kriegsteilnehmer 1870/71. Professor Eugen Bormann, der vor wenigen Tagen verstorbene bedeutende Epigraphiker, hat, wie bereits erwähnt, als junger Reserveoffizier am Kriege von 1870 mit Auszeichnung teilgenommen und wurde damals durch einen Schuß in den Mund, der den Oberkiefer durchbohrte, schwer verwundet. Gustav Freytag erzählt in seinem Buche „Der deutsche Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone" hierüber einige interessante Einzelheiten. Er berichtet, daß Theodor Mommsen sich um das Schicksal seines jungen Freundes Bormann besorgt erkundigte, von dessen Verwundung Mommsen Kenntnis erhalten hatte. Als der Kronprinz in warmem Mitgefühl das Schicksal des jungen Gelehrten bedauerte, gab General von Blumenthal den guten Trost, daß Schüsse durch den Mund nicht immer tödlich sein müssen. Der Prinz befahl, in Pont-à-Mousson bei den Lazaretten anzuhalten, um Erkundigungen über Bormann einzuziehen und ihm seine Teilnahme auszusprechen. „Am späten Abend fuhr ich mit dem Feldjäger des großen Hauptquartiers auf der leeren Landstraße heim. In Pont-à-Mousson schied ich vor dem Stadthause von meinem Begleiter. Frühmorgens begann ich die Lazarette zu durchsuchen. Lange vergeblich; endlich hatte ich die Freude, aus den geführten Listen zu ersehen, daß Dr. Bormann am Leben und mit einem Krankenzug kurz zuvor auf deutschen Boden geschafft war. Dem Kronprinzen aber konnte bald die Nachricht zugehen, daß der deutsche Gelehrte außer Gefahr und auf dem Wege zur Genesung sei. Mommsen nahm Bormann in sein Haus und pflegte ihn." So schließt Gustav Freytags Bericht.

Hochschulnachrichten. Zur Erinnerung an seinen 1914 gefallenen Sohn Dr. Hermann Thorning errichtete Kaufmann Theodor Thorning aus Altona an der Kieler Universität eine Stiftung von 20 000 M., deren Zinsen zur Förderung der Studien dienen [illegible], welchen sich der allzu früh dahingeraffte junge Gelehrte selbst gewidmet hatte, des islamischen Vereinswesens, des Sufismus und verwandter Gebiete.

In der naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt hat sich Dr. Walter Fraenkel als Privatdozent für das Fach der physikalischen Chemie habilitiert.

In Graz ist der außerordentliche Professor der Mineralogie an der Grazer Universität Dr. Josef Ippen im 62. Lebensjahre gestorben.

Für das Fach der Stimm- und Sprachstörungen habilitierte sich an der Universität Königsberg i. Pr. Dr. med. Raphael Sokolowsky mit einer Schrift: „Die physikalischen Grundlagen der Geräuschwahrnehmung."

Jeder sei gerüstet,
an dem friedlichen Wettkampfe teilzunehmen, der diesem Kriege folgen wird. Hierzu befähigt ihn am sichersten eine umfassende Allgemein- und fachliche Bildung. **Rasch und gründlich** führt die **Methode Rustin (5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Professoren als Mitarbeiter)** jeden Vorwärtsstrebenden ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissensch. geb. Mann, Wissensch. geb. Frau, Geb. Kaufmann, Geb. Handlungsgehilfin, Bankbeamte, Einj.-Freiw.-Prüfg., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfung, Zweite Lehrerprüfung, Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbauschule, Präparand., Konservatorium. Ausführl. 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmänn. Leben usw. kostenlos.
Bonness & Hachfeld, Potsdam. Postfach 273.

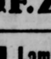
Wer **praktisch** ist, schenkt seiner **Hausfrau**
einen Gas-Brat- und Backapparat
LUCULLUS ges. gesch.

Lucullus bratet
ohne Butter oder Fett.
Lucullus **vermindert den Gewichtsschwund** von ca. 40—50 %
auf etwa 10 %
Im Lucullus kann man **braten, schmoren dünsten, backen, dörren, einkochen**
Lucullus ist in seinen Leistungen unübertroffen.
Jeden Donnerstag 11-6 Uhr praktische Vorführung.
A. E. Bautz. Berlin. Leipziger Straße 66.

Kunststopferei F. Noack Mohrenstraße 19 Zentrum Wittenbergpl. 3 * Nr. 5971 für Kleidungsstücke, Tischzeug, Teppiche, Gobelins.

Jägerstr. 18.
Anfang 7 Uhr.

MÖBEL
Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Wohnungen enorme Auswahl, auch günstige Gelegenheitskäufe. Erstklassige Fabrikate. Großes altes Lager zu billigsten Preisen. Gegr. 1859. O. Kleine Andreasstr. 9.
F. ZECH.

Lombard-Haus
H. Graff, Leipziger Str. 75 II.
Zentrum 1964 — 9-2 u. 3-7 geöffnet
Volle normale Beleihung
Diskretion, Reellität.
Gelegenheitskäufe

Uhren
Brillanten
Schmucksachen
10—50 % unter Ladenpreis.

Pianos,
Flügel, Harmoniums, Kunstspiel-Pianos während der Kriegszeit mit hohem Rabatt. Gebrauchte Pianos von 80 M. an. Harmoniums 70 M. Neue Instrumente. Teilzahlung. Pianofabrik Adolf Lehmann & Co., Fürstl. Lipp., Herzogl. Anhalt. und Kais. Persische Hoflief., Leipziger Str. 115/16 u. Gr. Frankfurter Str. 106.

SPAETHE
GLORIOLA
PIANO

BERLIN W 9 … POTSDAMERSTR.

Bei **Hals- u. Lungenleiden**
aller Art, wie Katarrhen, tuberkulösen Erkrankungen, Asthma 2c. erzielten, wie zahlreiche Mitteilungen von Ärzten, Apothekern und Leidenden einwandfrei beweisen, unsere
Rotolin-Pillen
in jahrelanger Praxis — vorzügliche Erfolge.
Husten, Verschleimung, Auswurf, Nachtschweiß, Stiche im Rücken u. Brustschmerz hörten auf; Appetit u. Körpergewicht hoben sich rasch; allgem. Wohlbefinden stellte sich ein. — Erhältlich die Schachtel zu 2 M. in allen Apotheken; wenn nicht vorrätig, auch direkt von uns durch unsere Versandapotheke.
Ausführliche Broschüre kostenfrei. Bloch & Co., Berlin W 66.
Hauptniederlage: Samariter-Apotheke, Berlin SW 68. Neuenburger Straße 41.
Telephon: Moritzplatz 1815. Telephon: Moritzplatz 1815.

Germania, Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Stettin.

Die Stettiner Germania hatte im verflossenen Geschäftsjahre 1915 einen Zugang an neuen Versicherungen über 27⁹/₁₀ Millionen Mark Kapital und 980 000 Mark jährliche Leib- und Invalidenrente zu verzeichnen und Ende 1915 einen Bestand von 212 945 Versicherungen über 929⁴/₁₀ Millionen Mark Kapital und 14 Millionen Mark jährliche Leib- und Invalidenrente aufzuweisen. Hierin sind 30 284 Invaliditätsversicherungen enthalten, wodurch eine Summe von 159 Millionen Mark, zahlbar nach dem Tode oder zu Lebzeiten der Versicherten, und eine Invalidenrente von 11³/₁₀ Millionen Mark für den Fall der Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit oder Unfall versichert war.

Von dem Jahresüberschuß werden außer 1 800 000 Mark für Zahlung von Kriegsschäden den mit Gewinnanteil Versicherten in der Lebensversicherung mehr als 11⁷/₁₀ Millionen Mark zur künftigen Verteilung von Dividenden zufließen, infolgedessen trotz des Krieges die bisherigen Dividendensätze für die Versicherten aufrecht erhalten bleiben. Bei Plan A beträgt die Dividende 32 % einer Prämie, und bei Plan B wird die Dividende bis zu 100 % der einzelnen Prämie vergütet werden. Die Sicherheitsfonds beliefen sich Ende 1915 auf 445²/₃ Millionen Mark. Die Stettiner Germania betreibt die Lebens-, Invaliditäts-, Aussteuer-, Leib-Renten-, Unfall- und Haftpflicht-Versicherung, auch die Todesfallversicherung ohne ärztliche Untersuchung.

Deutsche Nationalbank
Kommanditgesellschaft auf Aktien. Bremen.
Zweigniederlassungen:
Bremerhaven mit Wechselstube in der Lloydhalle, Dortmund, Geestemünde, Lehe i. Hannov., Minden i. W., Mülheim a. d. Ruhr, Oldenburg i. Gr., Osnabrück, Stade, Wilhelmshaven.
Aktienkapital u. Reserven 37 000 000 M.

EVERTH & MITTELMANN
Gegr. 1875 Bankgeschäft Gegr. 1875
BERLIN C 19, Petriplatz 4
gegenüber der Petrikirche.
Fernspr.: Zentr. 7103 u. 11 541. ◆ Geschäftsstunden 10-1, 3-6
Infolge guter Verbindungen nach dem neutralen Ausland beste Verwertung
der **notleidenden feindlichen Anleihen** und unbezahlten Coupons.

Kriegsanleiheversicherung in England.

Mit Recht ist in der Presse darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Niederösterreichische Landes-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt in Wien ihrer Volksversicherungsabteilung eine neue zeitgemäße Versicherunsart, nämlich die „Versicherung von Kriegsanleihe", angegliedert hat. Ohne untersuchen zu wollen, ob die Wiener Anstalt mit dieser Versicherung, welche sie Ende November 1916 bekanntgab, etwas Originelles geschaffen hat, oder nur anderen Vorbildern gefolgt ist, dürfte es nicht unzweckmäßig sein, darauf hinzuweisen, daß die Kriegsanleiheversicherung auch von englischen Versicherungsgesellschaften eifrigst betrieben worden ist.

Der englische Betrieb unterscheidet sich jedoch, wenigstens in seiner Hauptform, nicht unwesentlich von dem österreichischen Während hier eine ärztliche Untersuchung der Versicherungsnehmer überhaupt nicht stattfindet, die Kosten für die Versicherung von 1000 Kr. Anleihe in allen Fällen durch Leistung eines einmaligen Beitrages von 190 Kr. sowie von 48 vierteljährlichen Teilzahlungen zu je 11 Kr. aufgebracht werden, (so daß sich der Gesamtbetrag der Einzahlung auf 718 Kr. beläuft) die Versicherungsdauer in allen Fällen eine zwölfjährige ist, auch Kriegsteilnehmer sich versichern können und ein etwaiger Kriegssterbefall die Auszahlung der Versicherungssumme in keiner Weise beeinflußt, verfolgen die englischen Gesellschaften in der Regel andere Grundsätze. Sie betreiben in erster Linie die Kriegsanleiheversicherung mit ärztlicher Untersuchung und berechnen je nach dem Eintrittsalter des Teilnehmers verschieden hohe Beiträge. Diese können nach Wunsch der Teilnehmer auf 5, 10 oder 15 Jahre verteilt werden, auf alle Fälle aber tritt der Versicherte bezw. bei seinem Tode der Erbe in den unbeschränkten Besitz der Kriegsanleihe, welche von der Gesellschaft gezeichnet wird. Bei Zahlungseinstellungen der Versicherten erhält er statt der Anleihe eine den bisherigen Zahlungen entsprechende Polize. Diese Versicherung wird regelmäßig nur Personen gewährt, die nicht Kriegsteilnehmer sind. Um jedoch auch solchen ebensowie Personen mit geschwächter Gesundheit die Teilnahme zu ermöglichen, schließen englische Versicherungsanstalten auch zu nicht unwesentlich erhöhten Beitragsätzen Kriegsanleiheversicherungen nach einem zweiten Plan ab. Hier findet keine ärztliche Untersuchung statt. Die Prämien betragen für alle Alter zwischen 10 und 55 bei 15jähriger Dauer jährlich 5 £ 9 d, bei 10jähriger 8 £ 7 sh 5 d, bei 5jähriger 18 £ 9 sh 5 d für jede 100 £ Kriegsanleihe. Bei Tod des Versicherten war Vertragsablauf erfolgt, sofern die Erben die Prämie nicht weiter zahlten, nur Rückzahlung der bisher geleisteten Prämien. Für die Versicherung mit ärztlicher Untersuchung werden von einer großen Londoner Gesellschaft beispielsweise für 1000 Pfd. Sterl. Anleihe folgende Beiträge erhoben:

Eintrittsalter	15jährige Versicherungsdauer £ : sh : d	10jährige Versicherungsdauer £ : sh : d
40	52 : 16 : 1	82 : 11 : 5
50	56 : 10 : 6	85 : 2 : 11
60	65 : 12 : 7	91 : 10 : 4

Hier hätte ein 40jähriger Versicherter bei 15 Jahre dauernder Versicherung für 1000 £ Anleihe insgesamt 885 £ zu entrichten. Eine Versicherungsfirma bietet zu Prämiensätzen, die etwas höher als die mitgeteilten sind, gleichfalls diese Versicherung auf den Todesfall jedoch mit Gewährung einer 5prozentigen Zinszahlung auf die geleisteten Beiträge.

Während die Wiener Anstalt die Höchstversicherung auf 4000 Kronen beschränkt, kennen die englischen Versicherer solche Höchstsummen nicht. Sie richten ihr Augenmerk auch nicht, wie die österreichische Anstalt in erster Linie auf kleine Zeichner, sondern suchen, wie ihre Anzeigen in den großen Tagesblättern andeuten, sich an die Kapitalistenkreise zu wenden.

Ungeachtet aller hervorragend günstigen Erfolge, die wir bisher mit unseren Kriegsanleihen gehabt haben, werden wir vielleicht bei einer späteren Anleihe auch das Mittel, durch Versicherung Zeichner zu gewinnen, nicht versäumen wollen. Wenn wir aber hiervon Gebrauch machen, so dürfte es sich empfehlen, sowohl das österreichische wie auch das englische Vorbild zu berücksichtigen. Ob es dabei zweckmäßig ist, nach englischem Beispiel einen nicht unerhebliche Kosten verschlingenden Wettbewerb unter zahlreichen Anstalten zu entfachen, die verschieden hohe Beitragssätze und Vertragsbestimmungen aufweisen, oder ob ein einheitliches übereinstimmendes Angebot aller Gesellschaften vorzuziehen wäre, etwa in Fortbildung des Gedankens der neu eingeführten Abgelehntenversicherung, mag hier unerörtert bleiben. Jedenfalls würden unsere Lebensversicherungs-Anstalten, die schon gewaltige Summen für Kriegsanleihen selbst gezeichnet, wie auch eingesammelt haben, durch die Aufnahme der Kriegsanleiheversicherung sich in noch höherem Maße um die Allgemeinheit verdient machen, als es bereits geschehen ist.

Braunschweigische Kohlen - Bergwerke. Der Aufsichtsrat bringt für das Geschäftsjahr 1916 wie in den beiden vorangegangenen Jahren die Verteilung einer Dividende von 12 pCt. auf 10,96 Millionen M. Aktienkapital in Vorschlag.

Oesterreichische Alpine Montangesellschaft. Das Unternehmen weist für 1916 aus dem Berg- und Hüttenwesen einen Gewinn aus von 46 176 151 (mehr gegen das Vorjahr 14 182 006) Kr. Zinsen erbrachten 579 198 Kr. Die Gesamtunkosten beliefen sich auf 17 117 383 (mehr 9 832 905) Kr. Die Steigerung resultiert hauptsächlich aus Steuern und Ausgaben für Wohlfahrtszwecke. Abschreibungen erforderten 5 403 846 (mehr 203 853) Kr. Nach Abzug einer Rücklage für Altersversorgungszwecke der Angestellten von 3 Millionen Kr. verbleibt ein Reingewinn (ohne Vortrag) von 21 234 120 (mehr 1 848 735) Kr. Es wird eine Dividende von 50 Kr. oder 20⅘ pCt. (i. V. 20.1) vorgeschlagen. Die Fakturensumme betrug 188 Millionen Kr. (mehr 40,6), der Arbeiterstand zum Jahresschlusse 19 000. Die Produktion stellte sich (alles in 1000 Doppelzentnern): für Koks auf 111 721 (weniger 311), für Erze auf 23 669 (mehr 5225), für Roheisen auf 6378 (mehr 1069), für Ingots auf 5064 (mehr 727), für Walzeisen auf 3002 (mehr 494). Für Neuinvestitionen mußten rund 3,3 Millionen Kronen aufgewendet werden. Im laufenden Jahre ist der Betrieb durch Transport- und Kohlenschwierigkeiten vorläufig behindert. Durch Steuern erwartet die Verwaltung eine Mehrbelastung von 4 bis 5 Millionen Kr., durch die Eisenbahntariferhöhung von 6 Millionen Kr., durch Lohnerhöhungen von 2.4 Millionen Kr. Anderseits ist die Kalkulation der Preise in der Eisenfabrikation erschwert. Die Fakturensumme bis Ende Februar stellt sich gegen die gleiche Vorjahresperiode 2,9 Millionen Kr. höher, was auf höherwertige Waren und Preissteigerung zurückzuführen ist.

C. Heckmann Akt.-Ges. (Kupferwerk) in Duisburg. Im Geschäftsjahre 1915/16 hob sich der Rohgewinn von 3 098 275 M. auf 3 391 183 M. während für Unkosten, Steuern usw. ausschließlich 12 133 M. (i. V. 33 903 M.) Kursverlust auf Wertpapiere insgesamt 755 108 M. (697 648 M.), für Abschreibungen 671 784 M. (661 471 M.) abzusetzen waren. Es bleibt hiernach einschließlich 101 490 M. (71 983 M.) Gewinnvortrag ein Reingewinn von 2 065 792 M. (1 811 140 M.), woraus 1 500 000 M. (1 300 000 M.) als 15 pCt. (13 pCt.) Dividende zur Verteilung gelangen bei Ueberweisung von 98 215 M. (86 958 M.) an den Reservefonds und 200 000 M. (210 000 M.) Rückstellungen für Wohlfahrtszwecke; an Tantiemen werden 132 868 M. (112 692 M.) gezahlt, als Vortrag bleiben 134 709 M. Im Geschäftsbericht wurde eine sehr starke Beschäftigung für das erste Halbjahr festgestellt; dann habe jedoch der Auftragseingang nachgelassen und dieser Zustand bis Jahresende angedauert. Die wesentliche Verteuerung der Selbstkosten fand nicht immer einen Ausgleich in den erzielten Verkaufspreisen. Die Beteiligungen der Gesellschaft lieferten gute Erträgnisse. Aus der Bilanz sei die Steigerung des Effektenkontos von 2,4 auf rund 4,7 Millionen M. hervorgehoben. Die Debitoren beziffern sich auf 6,64 Mill. M. (i. V. 6,99 Mill. M.), Kreditoren haben 3,56 Mill. M. (2,76 Mill. M.) zu fordern. Ueber die Aussichten bemerkt der Bericht: „Mit Beginn des neuen Geschäftsjahres besserte sich der Eingang an Aufträgen erheblich. Wir sind seit dieser Zeit in allen unseren Betrieben auf das angestrengteste beschäftigt und auf Monate hinaus mit lohnender Arbeit versehen. Wenn der Betrieb ungestört verläuft und wir dauernd die benötigten Rohmaterialien und Arbeitskräfte zur Verfügung haben, so wird das laufende Geschäftsjahr recht günstig abschneiden. Der Umsatz bis heute übersteigt den des gleichen Zeitraumes des Vorjahres."

Brjansker Eisenwerke. Der Gesellschaft ist nunmehr die Ermächtigung zur Kapitalserhöhung von 22 875 000 auf 64 050 000 Rubel erteilt worden. Die neuen Aktien werden zu 152,50 Rubel ausgegeben. Für 1917 sind Umsätze von 80 Millionen Rubel vorgesehen.

Italiens finanzielle Zerrüttung.

Mailand, 6. März. (Eigene Drahtmeldung. Indirekt.) „Messagero" scheint durch das bisherige Ergebnis der italienischen Kriegsanleihe sehr wenig befriedigt, denn er erklärt, daß gerade die Reichsten, besonders diejenigen, welche durch den Krieg ungeheure Verdienste gehabt hätten, sich bisher fast gar nicht an der Zeichnung der Kriegsanleihe beteiligt haben. Er spricht direkt von Desertion und droht mit einer Zwangsanleihe, falls die jetzige Kriegsanleihe nicht ein genügendes Ergebnis zeitigen sollte.

Die ungewöhnlich starke Verschlechterung der italienischen Valuta, die eine gewaltige Verteuerung aller aus dem Auslande bezogenen Waren zur Folge hat, hat in Italien eine lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Nach Meldungen aus Rom hat der Abgeordnete Chiesa in der Kammer eine Interpellation eingebracht, in welcher der Schatzminister Carcano aufgefordert wird, die beunruhigende Steigerung des Wechselkurses zu begründen und Maßnahmen gegen eine weitere Verschlechterung der italienischen Valuta zu treffen.

Kosten der englischen Anleihepropaganda.

Nach einer Mitteilung Bonar Laws im Unterhause haben die Kosten der Propaganda zur „Siegesanleihe" 75 000 Pfund Sterling = 1½ Millionen Mark betragen.

Türkische Baumwolle. Die bisherigen Versuche mit türkischer Baumwolle haben zu den erfreulichsten Ergebnissen geführt. Es heißt, daß bis Ende vorigen Jahres über 50 000 Ballen türkischer Baumwolle in Budapest eingetroffen sind.

Spinnerei Vorwärts in Brackwede bei Bielefeld. In der gestrigen Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen 7 pCt. Dividende auf die Stammaktien und 12 pCt. auf die Vorzugsaktien vorzuschlagen, gegen 5 bzw. 10 pCt. im Vorjahre.

Vereinigte Berliner Mörtelwerke Akt.-Ges. in Berlin. Wie verlautet, hat die Gesellschaft mit dem Großindustriellen August Thyssen einen Vertrag abgeschlossen, der die Uebernahme des Verkaufs der Produktion der Thyssenschen Zementfabriken auf Rittergut Rüdersdorf vorsieht.

Vereinigte Dampfschiffsgesellschaft in Kopenhagen. Der Verwaltungsrat schlägt vor, für 1916 5 047 877 Kr. (i. V. 6 104 543) abzuschreiben, 11 800 000 Kr. zur Bezahlung extraordinärer Steuern usw. zurückzulegen (i. V. 4 500 000), dem Reservefonds 10 500 000 Kr. (i. V. 10 500 000) zu dotieren, 35 pCt. (i. V. 25 pCt.) Dividende zu verteilen und 357 129 Kr. (i. V. 523 097) vorzutragen.

Paris, 6. März.

	6. 3.	5. 3.		6. 3.	5. 3.
5proz. Franz. Anl.	87,95	87,95	Baku	1830	1850
3proz. Franz. Rente	61,45	61,55	Briansk	455	450
4proz. Span. äuß. Anl.	102,05	102,35	Lianosoff	420	425
5proz. Russen 1906	83,40	—	Maltzeff-Fabriken	620	587
3proz. Russen 1896	—	—	Le Naphte	480	480
4proz. Türken	64,25	68,95	Toula	1440	1419
Banque de Paris	1045	1050	Rio Tinto	1745	1748
Crédit Lyonnais	1190	1195	Cape Copper	123	122
Union Parisienne	—	640	Chino Copper	375	352
Metropolitain	405	405	Utah Copper	688	688
Nord Espagne	424	422	Tharsis	146	144
Saragossa	—	428	De Beers	348	—
Suez-Kanal	4225	4250	Goldfields	41	—
Thomson-Houston	671	675	Lena Gold	58	58
Raffinerie Say	455	450	Tanganyika	67	—
Caoutchouc	160	161	Rand Mines	95	—
Malakka Rubber	128	128	Spassky Copper	56	55¼

Berliner Konkurse. Im Konkurs des Frl. Helene Graybowska, Charlottenburg, Suarezstr. 24/25, steht auf 24 275 M. nichtbevorrechtigte Forderungen keine Dividende in Aussicht.

Berliner Warenverkehr.

Der Verkehr im Produktengeschäft bleibt ruhig und nur in Saatgetreide zeigt sich ebensowohl mehr Nachfrage wie auch Angebot. Das Geschäft selbst ist durch die Vorschriften erschwert, immerhin findet täglich Umsatz statt, wobei ziemlich hohe Forderungen für alle Sommer-Saatfrüchte bewilligt werden. Für Hafer gegen Bezugsschein zu kaufen, liegen umfangreiche Aufträge vor, Material macht sich außerordentlich knapp. In der Lage des Seradellageschäfts hat sich nichts geändert. Kauflust hat sich fast ganz zurückgezogen, Offerten sind vorhanden, doch zeigt sich zunächst weitere Nachgiebigkeit in den Forderungen nicht. Empfohlen ist von landwirtschaftlicher Seite den Erzeugern, die Seradella als wertvolles Futter angesichts der herabgegangenen Preise mit zu benutzen. Nach Rotklee ist viel Begehr. Inländische Ware wird nur in kleineren Mengen abgeliefert, auch die Firmen haben Schwierigkeiten, frühere Kaufabschlüsse zu erhalten. Andere Kleesorten sind gleichfalls lebhaft gefragt.

Im hiesigen Warenverkehr wurden folgende Preise (nichtamtliche Angaben) bekannt: Seradella Stufe III 33—37 M., Stufe II 34—40 Mark, Rotklee 210—225 M., nominell, beides für 50 kg ab Station. Saatwicken 75—85 M., Saatlupinen 55—60 M., beides per 100 kg ab Station, Saatgut Erzeugerhöchstpreise: Buchweizen 75 Mark, Eifeler Buchweizen 60 M., Hirse 70 M., Erbsen 75 M., Bohnen 85 M., Linsen 90 M., Ackerbohnen 70 M., Peluschken 70 M., alles Saatgut plus 10 pCt. für den Handel für 100 kg. Runkelrüben Großhandelshöchstpreis 3,05 M., Pferdemöhren do. 4,50 M., beides nominell für 50 kg ab Station, Heu loco 6—7,25 M., Thymotee 7,50 M., Kleeheu 7,50—8,50 M., in Waggons ab Bahn. Stroh Höchstpreis ab Station, Flegeldruschstroh 2,50 M., gepreßtes Maschinendruschstroh 2,85 M., ungepreßtes 2 M., alles plus 8 pCt. für den Großhandel, Häcksel Höchstpreis ab Station 3,25 M. plus 8 pCt. für den Großhandel und 35 Pf. für Leihsäcke, Erbsenstroh, gepreßt, für Futterzwecke 4,75—5,25 M. frei Berlin, 4—4,50 M. ab Station, alles Rauhfutter für 50 kg.

London, 6. März. Kaffee ruhig, 54¼.

Berliner Börse.

Angesichts der politischen Lage verharrte die Börse in großer Zurückhaltung bei ausgeprägter Geschäftsstille, unter deren Einfluß dir Kurse im allgemeinen abbröckelten. Erhebliche Preisabstriche traten indes nicht ein, da das Angebot sich in den engsten Grenzen hielt.

Am Montanaktienmarkt erschienen Bochumer Gußstahl, Gelsenkirchener und Laurahütte gut gehalten, einzelne leichtere Werte stellten sich etwas höher, so insbesondere Gelsenkirchener Gußstahl und Georg Marien-Bergwerk. Von Kali-Aktien waren Heldburg leicht befestigt.

Für Rüstungswerte bestand nur ganz geringes Interesse bei wenig veränderten Kursen. Rhein. Metall behaupteten ihren Preisstand, auch Automobil-Aktien, besonders Benz.

Von anderen Spezialwerten kamen nur wenige in Betracht, Maschinenfabrik Luther und Gebr. Körting lagen etwas schwächer. Linke-Hofmann blieben gefragt.

Unter den Elektropapieren waren die führenden ganz vernachlässigt. Sachsenwerk und Mix u. Genest waren gefragt. Regerer Umsatz vollzog sich in Harkorter Bergwerks-Prioritäts-Aktien zu gehobenem Kurse.

Von chemischen Werten interessierten neben Hönningen auch Heyden. Für Silesia Cementfabrik stellte sich Begehr ein. Bemberg wurden wiederum höher.

Schiffahrtspapiere waren mehr angeboten und durchweg schwächer, ferner gaben Schantungbahn nach. Der Schluß gestaltete sich im allgemeinen etwas fester.

Türkenwerte waren größtenteils schwächer.

Das Bezugsrecht auf junge Gebr. Seck Mühlenbau-Aktien soll am 10., 12. und 13. März festgestellt bzw. zum Handel gebracht werden.

Am Rentenmarkt blieben heimische und österreichisch-ungarische Anleihen fast unverändert. Schwächer lagen Russen und besonders Mexikaner und Chinesen.

Am hiesigen Geldmarkt ist tägliches Geld mit 4½ pCt. und darunter zu haben. Privatdiskont 4⅝.

Amtliche Devisenkurse.

Telegraphische Auszahlung		7. März Geld	7. März Brief	6. März Geld	6. März Brief
New York	1 Doll.	5,52	5,54	5,52	5,54
Holland	100 fl.	240¼	240¾	240¼	240¾
Dänemark	100 Kr.	164	164½	164	164½
Schweden	100 Kr.	173¾	174¼	173¾	174¼
Norwegen	100 Kr.	166¾	167¼	166¾	167¼
Schweiz	100 Fr.	118⅞	119⅛	118⅞	119⅛
Wien, Budapest	100 Kr.	64,20	64,30	64,20	64,30
Bulgarien	100 Leva	79⅛	80⅛	79⅛	80⅛
Konstantinop.	100 Piaster	20,45	20,55	20,55	20,65
Madrid, Barcelona	100 Pes.	125⅛	126⅛	125⅛	126⅛

Schlesischer Bankverein Kommandit-Gesellschaft auf Aktien. Die heutige Generalversammlung hat nach kleiner Opposition den Antrag der Verwaltung auf Verschmelzung mit der Deutschen Bank mit 313 735 gegen 320 Stimmen angenommen.

Commerz-Bank in Lübeck. Der Aufsichtsrat beschloß, für 1916 eine Dividende von 5 pCt., wie in den beiden Vorjahren, vorzuschlagen.

Essen, 7. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der Aufsichtsrat der Essener Kreditanstalt wird in einer demnächst stattfindenden Sitzung beschließen, für 1916 eine Dividendenerhöhung um ½ bis 1 pCt. bei der Generalversammlung zu beantragen. Im Vorjahre wurden 8 pCt. verteilt.

Böhmische Union-Bank. Der Reingewinn des Instituts für das Geschäftsjahr 1916 beträgt 8 460 816 Kr. (mehr 1 160 070). Die Verwaltung schlägt eine 8½proz. Dividende vor. Der Reservefonds wird mit 1 Million Kr. dotiert, wodurch die Reserven 20,6 Millionen Kr. erreichen.

Hannoversche Bodenkredit-Bank. In der Generalversammlung wurde die Verteilung des Reingewinns entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung beschlossen. Es gelangt danach eine Dividende von 6½ pCt. zur Ausschüttung.

Bergisch-Märkische Industrie-Gesellschaft in Barmen. Für das Geschäftsjahr 1916 ist nach 31 258 M. (i. V. 18 716) M. Abschreibungen und 6000 M. Talonsteuer-Rücklage ein Reingewinn von 604 999 M. (gegen 490 401 M. i. V.) verfügbar. Von dem Gewinn stammen 191 884 M. (i. V. 146 425 M.) aus industriellen Beteiligungen, 382 801 M. (402 049 M.) aus Zinsen und Provisionen, 50 098 M. (0) aus Effekten- und Konsortialgeschäften. Aus dem Reinertrag dienen, wie gemeldet, 480 000 M. als 8 pCt. (i. V. 7 pCt.) Dividende, 16 667 M. (10 000 M.) zur Aufsichtsratstantieme, 108 332 M. (120 892 M.) als Vortrag. Die Generalversammlung setzte die Dividende entsprechend dem Vorschlage fest. Auf eine Anfrage über die finanzielle Lage der Gesellschaft bemerkte der Vorsitzende, daß man erhebliche Geldmittel zur Verfügung halten wolle, um nach dem Kriege zur Beteiligung an größeren Geschäften gewapnet zu sein. Gegenwärtig sei ein bedeutenderes Geschäft in der Entwicklung begriffen, für welches nennenswerte Geldmittel aufgewendet würden.

Die Züricher Börse vom 6. März verkehrte ohne ausgesprochene Tendenz. Bank für elektrische Unternehmungen 1202, Motor 615, Schweizerischer Bankverein 718, Banca Commerciale Italiana 465, Aluminium 3185, Brown, Boveri & Cie. 1380, Nestle 1692, Deutsch-Ueberseeische Elektrizitäts-Aktien 1105, Oerlikon 702, Bundesbahn-Anleihen 84,50, dritte Mobilisationsanleihe 94,70, sechste 96,25.

Mailand, 6. März. (Eigene Drahtmeldung. Indirekt.) Der Banco Italiano di Sconto eröffnet eine Filiale in Paris. — Die Dividende der Edison-Gesellschaft in Mailand beträgt wieder 20 pCt.

London, 6. März.

	6. März	1. März
Wechsel auf Amsterdam 3 Monate	11.96	11.96
do. auf Amsterdam kurz	11.80	11.80
Wechsel auf Paris 3 Monate	28.17	28.17
do. auf Paris kurz	27,81	27,82
Wechsel auf Petersburg kurz	171½	169½
Privatdiskont	5⅛	5⅛
Silber	37⅛	37⅛

London, 6. März.

	6. 3.	5. 3.		6. 3.	5. 3.
2½ % Engl. Konsols	53	52⅜	National R. of Mex.	—	4½
4½ % Kriegsanleihe	—	—	Pennsylvania	—	—
3½ %	85½	85½	Southern Pacific	—	—
5 % arg. Anl. v. 1886	—	90¼	Union Pacific	142	141½
4 % Brasilian. v. 1889	—	50	U. S. Steel Corporat	115⅝	113½
4 % Japaner v. 1899	69	69⅛	Anaconda Copper	18	[illegible]
3 % Portugiesen	—	—	Rio Tinto	61¾	61½
5 % Russen v. 1906	81½	81¾	Chartered	11/5	11/5
4½ % Russen v. 1909	—	—	De Beers def.	12¾	12½
Baltimore & Ohio	—	—	Goldfields	1⅜	1⅜
Canadian Pacific	168¼	167½	Randmines	3½	3½
Erie	29	—			

Weitere Handelsnotizen siehe Hauptblatt 4. Seite